

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindaustraße 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenverteilung
Gründerzeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindaustraße 3
Telefon: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Eine Erklärung Herriots.

Was soll Rollet als Kriegsminister?

Die Erklärung Herriots.

Paris, 16. Juni. (G.P.) Der „Matin“ veröffentlicht folgende Erklärung Herriots: Die Kompetenz des Kriegsministers General Rollet ist unumstritten, Rollet ist der Mann, der in der ganzen Welt die militärische Lage Deutschlands am besten kennt. Ich wünsche, daß man seiner Erhebung zum Kriegsminister die wahre Bedeutung beimißt. Deutschland ist im Begriff, eine ähnliche Operation zu vollziehen, wie nach dem Frieden von Tilsit im Jahre 1806. Es instruiert seine Jugend auf einer breiten Grundlage für den Militärdienst, und zwar vor allem durch das Mittel der angeblichen Turnvereine. Mein Ministerium wird Deutschland gegenüber eine versöhnliche Politik betreiben. Wir sind vom besten Willen beseelt. Wir werden alles tun, um der jungen deutschen Demokratie zu helfen. Der Reaktion und den Nationalisten gegenüber werden wir aber eine unerbittliche Strenge an den Tag legen. Der deutsche Nationalismus wird hier jemanden finden, mit dem er zu rechnen haben wird, denn wir haben nicht nur die Rechte Frankreichs zu wahren, sondern auch die Rechte der Demokratie in der ganzen Welt.

Ein offizieller Kommentar zur Ernennung Rollets.

Paris, 15. Juni. Die Agentur Havas unterstreicht die vom Ministerpräsidenten Herriot gestern Abend der Presse übermittelte Erklärung, worum er General Rollet zum Kriegsminister seines Kabinetts gemacht hat, noch mit folgender Auslassung: Dadurch, daß Herriot General Rollet zum Kriegsminister gemacht hat, deutet er an, welchen beherrschenden Platz für ihn das Problem der Sicherheit Frankreichs einnimmt. General Rollet ist im Augenblick tatsächlich einer der Franzosen, die am besten über die Lage in Deutschland und über den Geisteszustand der deutschen Bevölkerung nach dem Kriege unterrichtet sind. Während seines langen Aufenthalts in Berlin hat er nach dieser Richtung mit seinem sehr großen Scharfblick beunruhigende Feststellungen gemacht, die ihren Widerhall nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern der Alliierten gefunden haben. Herriot hat bei seinen zahlreichen Reden im Parlament bewiesen, daß er wie seine Partei geneigt ist, ein Terrain der Verständigung mit den demokratischen Elementen im deutschen Reich zu suchen, aber er will feineren Konzeptionen machen, die geeignet sein könnten, den Rechten und der Sicherheit Frankreichs Abbruch zu tun, die bedroht werden könnten durch die Vorherrschaft der Nationalisten und Alldutschen. Nach Herriots Ansicht muß die Anwesenheit Rollets in seinem Kabinett Deutschland zeigen, daß es zwar auf den Liberalismus der französischen Regierung zählen, aber nicht auf die geringste Schwäche hoffen darf.

Morgen wird die Regierung Herriot vor der Kammer ihr Programm entwickeln. Aber schon am Sonntag hat der neue Ministerpräsident Frankreichs in einem Interview des „Matin“ einen wichtigen, uns besonders interessierenden Punkt dieses Programms vorweggenommen. Er betrifft die Ernennung des bisherigen Militärkontrolleurs in Berlin, des Generals Rollet, zum Kriegsminister, die Militärfrage, ja, das Verhältnis der neuen Regierung zu Deutschland überhaupt.

„Herriot im Fahrwasser Poincarés“, so überschreibt das Montagblatt des „Berliner Lokal-Anzeigers“ die Erklärung des neuen Mannes. In solcher Schablonisierung liegt eine gefährliche Täuschung. Es mag richtig sein, daß Herriot in manchen Fragen nicht anders handeln zu können glaubt, als Poincaré gehandelt hat, obwohl man sich auch darüber eines vorläufigen Urteils enthalten soll. Sicher aber ist, daß Herriot entschlossen ist, eine Politik zu treiben, die grundsätzlich das gerade Gegenteil der Poincaré-Politik ist. Während nämlich Poincaré Frankreich isolierte und schließlich darüber stürzte, handelt Herriot im engsten Einverständnis mit der englischen Regierung. Die Entente, die bis dahin nicht viel mehr als ein zerbrochener Karren war, wird mit einemmal wieder eine leistungsfähige Maschine.

Poincarés Politik gegenüber Deutschland erregte das Mißfallen der Welt einschließlich eines Teils des französischen Volkes. Herriots Politik kann in Frankreich und in der ganzen Welt außerhalb Deutschlands auf Beifall rechnen. Und solange Herriot seinen Anspruch glaubhaft machen kann, Vorkämpfer der Demokratie zu sein und nur die Reaktion und den Revanchgeist in Deutschland zu bekämpfen, wird der etwaige Widerstand einer deutschen Regierung gegen seine Forderungen auf militärischem Gebiet nirgends auch nur die geringste, auch nur die heimlichste Unterstützung finden.

Herriot ist stärker als Poincaré war. Das ist eine Tatsache, mit der die deutsche Politik rechnen muß.

Herriot ist aber stärker als Poincaré auch deshalb, weil Poincarés Politik das ganze deutsche Volk zur Abwehr zusammenschweißte, während ein großer Teil des deutschen Volkes von der Politik Herriots eine Besserung erwartet. Dieser große Teil des deutschen Volkes ist selber der Meinung, daß jede über die Grenzen des Friedensvertrages hinaus betriebene Soldatenspielerlei sinnlos und gefährlich ist, er will nicht dieser Soldatenspielerlei zuliebe — in der er viel mehr eine Gefahr für den inneren Frieden als für den äußeren erblickt — das besetzte Gebiet und ganz Deutschland in ihrer gegenwärtigen trostlosen Lage belassen, er fordert eine Politik der Befreiung durch politische Mittel zum mindesten schon

deshalb, weil er die Befreiung durch militärische Mittel für ein Hirngespinnst hält.

Die Lage fordert: Annahme der Ententenote über die Militärkontrolle, loyale Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und sein Wirken für allgemeine Abrüstung durch Beispiel und Propaganda. Alles, was dieser vernünftigen Politik entgegenwirkt, vor allem die nach innen und außen aufreizend wirkenden militaristischen und antirepublikanischen Demonstrationen, bedeutete eine furchtbare Schädigung der deutschen Volksinteressen und muß von der Regierung mit allen Mitteln bekämpft werden.

Der neue Kurs in Frankreich bedeutet für Deutschland nur dann eine Aussicht auf günstigere Verhältnisse, wenn die deutsche Politik intelligent genug ist, sich auf ihn einzustellen. Andernfalls wird eine weitere Verschlechterung unserer Lage die unvermeidliche Folge sein.

Das Micum-Abkommen verlängert.

Düsseldorf, 16. Juni. (L.) Die Sachsekommission hat sich, wie das französische Komunique mitteilt, heute vormittag 11 Uhr nochmals bei der Micum eingefunden, um die Verlängerung der laufenden Verträge zu besprechen. Die Verhandlungen dauerten mit einer dreistündigen Unterbrechung bis 5 Uhr abends. Folgende Abvereinbarung wurde schriftlich festgelegt: „Die am 15. Juni 1924 ablaufenden Verträge zwischen den deutschen Industriellen und der Micum sind ohne Veränderung bis zum 30. Juni (einschließlich) verlängert worden.“ Weiterhin kamen beide Parteien überein, daß die möglicherweise vom 1. Juli ab zu treffenden neuen Bestimmungen, insbesondere soweit sie die Kohlensteuer, die Lizenz und die Derogationslagen, sowie andere in bar zu entrichtenden Abgaben betreffen, rückwirkend ab 16. Juni in Kraft treten.

Regierung und Sachverständigenutachten.

Die Arbeit an den Gesekentwürfen. Wie die L. erfährt, tritt das Reichskabinett heute nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der zu der Ausreisepolizei Stellung genommen werden soll. Außerdem wird sich das Kabinett mit der Umbildung der Rentenbank, ferner mit Währungs- und Kreditfragen beschäftigen. Diese Beratungen stehen in Zusammenhang mit der Frage des Sachverständigenutachtens. In diesen Tagen werden die Verhandlungen über die Goldnotenbank und das Statut der Reichsbahn in Berlin fortgesetzt. Die entsprechenden Gesekentwürfe sind, wenn auch noch nicht endgültig, so doch in rohen Umrissen fertig. Mit ihrer Einbringung in das Parlament ist, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vor Mitte Juli nicht zu rechnen.

Der englisch-mexikanische Konflikt.

Der belagerte Gesandte. London, 16. Juni. (W.B.) „Daily Express“ berichtet aus Mexiko, daß 18 Männer, darunter Polizeioffiziere, die britische Gesandtschaft seit Sonnabend umzingelt halten in der Absicht, den britischen Vertreter Cummins, dessen Ausweisung Präsident Obregon befohlen hat, zu verhaften. Cummins sei vollkommen isoliert, die Wasserversorgung sei blockiert und die Telefonverbindung abgeschnitten. Cummins verfüge aber über reichliche Lebensmittel und sei auf eine Belagerung eingerichtet. Auswärtige Diplomaten suchten in Verhandlungen mit dem mexikanischen auswärtigen Amt eine Lösung des Konflikts zu finden.

London, 16. Juni. (Reuter.) Nach einer Meldung aus Mexiko hat das mexikanische Außenministerium eine Erklärung veröffentlicht, in der der britische Vertreter Cummins beschuldigt wird, der britischen Regierung in Berichten über örtliche Zwischenfälle vorzüglich unrichtige Mitteilungen gemacht zu haben. Mexiko wünsche die freundschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien zu erneuern, es müsse sich aber dort ein Mexiko genehmer Vertreter Großbritanniens befinden, der die diplomatischen Gebräuche beobachte.

Wozu sammeln die Kommunisten?

15 000 Mark für Bergarbeiter verschwendet. Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ meldet aus Zwickau: „Die Bergarbeiterschaft von Marienheide nahm in einer Versammlung eine Entschließung an, in der die kommunistische „Zentralkampfzeitung“ aufgefordert wird, sofort die Auszahlung der bei ihr eingegangenen Sammelgelder zugunsten der in Not geratenen Bergarbeiter vorzunehmen. Diese Entschließung wurde der Zentralkampfzeitung übermittelt, die daraufhin mitteilte, daß die gesamten Sammelgelder von 15 000 M. von der Polizei beschlagnahmt worden seien. An den zuständigen Stellen in Zwickau und Dresden ist von dieser angeblichen „Beschlagnahme“ seitens der Zeitung nichts bekannt. Wie wir hören, haben die Behörden sofort eine Untersuchung eingeleitet, um diesen mysteriösen Fall aufzuklären.“

Für die Opfer des Ruhrkampfes.

Von Wilhelm Sollmann.

Der Sozialdemokratische Parteitag hat durch seine Entschließung für die Ausgewiesenen und Gefangenen einen Bedarf an Reichstag und Reichsregierung gerichtet, der nicht überhört werden darf. Die Erbitterung bei diesen Opfern des Widerstandes gegen die französisch-belgischen Sanktionen ist groß. Der politische Schaden, den ihre laut erhobenen, meist berechtigten Klagen anrichten, zumal im Rheinlande, ist bedeutend. Zehntausende von denen, die deutscher Bestimmung und Berufspflichten willen die Heimat und die Existenz preisgegeben haben, fühlen sich enttäuscht, ja verraten.

Viele von denen, die sehnlichst die große Geste aus Frankreich erwarten, die ihnen die Rückkehr freigibt, sehen sich zugleich vor die schwersten Sorgen gestellt, denn sie haben mittlerweile alle Daseinsgrundlagen im Rheinlande verloren; die Unterstützung für Ausgewiesene hört auf; vielfach ist keine Arbeitsmöglichkeit vorhanden; Wohnung und Möbel sind verloren. Das ist eine traurige Rückkehr.

Es liegen dem Reichstage Anträge bürgerlicher Parteien vor, die auf Teilerscheinungen dieser Verhältnisse hinweisen. Der des Zentrums verlangt „insbesondere die volle Wahrung der wohlerworbenen Rechte der Beamten“. Wenn wir dem auch gerne zustimmen, so muß doch deutlich gesagt werden, daß unzweifelhaft die am schwersten getroffenen Opfer die nichtbeamteten Ausgewiesenen, die Arbeiter, Angestellten und freien Berufe sind. Wo der Beamte — zu Recht — sein volles Gehalt fortbezieht, stehen sie vor dem Nichts.

Hart empfundene Ungerechtigkeiten sind seit dem Beginn der Ausweisungen festzustellen gewesen und von uns bekämpft worden. Nicht nur, daß die Beamten stark bevorzugt waren gegenüber den andern, auch innerhalb der ausgewiesenen Beamten sind ungerechte Abstufungen vorgenommen worden, die von dem Geiste zeugen, der die jüngste Befoldungsordnung beherbergt. Sogar die Kinderzuschläge für die Ausgewiesenen werden verschoben bemessen. Die Kinder der Beamtengruppen VI bis XIII erhalten 4 M., die der Arbeiter nur 2,50 bis 3 M. den Tag. Das muß auf die Gefinnung der Unterbeamten und Arbeiter verwickelt wirken.

Nun ergeben sich bei der Heimkehr Zustände, die im Rheinlande zu neuen gefährlichen politischen Giftherden zu werden drohen. Während die Beamten auf Fortzahlung eines Gehältes Anspruch haben, selbst wenn keine Beschäftigung mehr für sie vorhanden ist, droht den andern der nackte Hunger, am meisten den Treuesten und Tapfersten, vor allen den Eisenbahnarbeitern. Auf Befehl der Regierung haben sie den fremden Eindringlingen die Arbeit verweigert. Sie haben der Ladung, in die Dienste der Regie zu treten, widerstanden und sind lieber von Haus und Hof gegangen — was bei vielen buchstäblich zu nehmen ist — statt der Reichsbahn untreu zu werden. Nun sind ihre Arbeitsplätze in den Händen der Regie und in den allermeisten Fällen besetzt. Die Reichsregierung zuckt die Schultern, kündigt dem Heimaufkehrer, überweist ihn der Erwerbslosenfürsorge, und der Arbeitslose hat in manchen Fällen noch Heim und Möbel und Vieh dazu verloren. Er erinnert sich der vielen feierlichen Regierungskundgebungen das Kampffjahres, des Selbstnisses der vollen Schadloshaltung der Ausgewiesenen und haßt die Faust gegen diejenigen, die das Wort nicht hielten.

Noch mehr: Die schon am 1. Januar 1924 im besetzten Gebiete entlassenen tausende Eisenbahnarbeiter sind am 30. Juni bei der Erwerbslosenunterstützung ausgeteuert. Sollen sie dann ganz dem Elend preisgegeben werden? Ist doch der Arbeitsmarkt im Rheinlande noch immer schlecht. Die Eisenbahner mit ihren Rassen der rheinischen Bevölkerung meinen, daß diesen Ruhrkämpfern auch gewisse „wohlerworbene Rechte“ zugestanden werden müssen. Unvergessen ist auch noch, daß über 2000 im früheren Eisenbahnbetrieb beschäftigt gewesene Schwerekriegsbeschädigte erdarmungslos entlassen worden sind. Der Deutsche Eisenbahner-Verband hat zugunsten dieser Opfer obliegende Gerichtsurteile erstritten, aber noch keine Wiedereinstellung der Schwerebeschädigten oder sonstige Hilfe für sie erreichen können.

Viele der Heimkehrenden werden wohnungslos sein. Schon jetzt sind manche der von der Befahrung aus ihren Wohnungen Verdrängten trostlos untergebracht. In Bonner Schulen haufen in einem Klassenzimmer Familien mit 6—9 Kindern beiderlei Geschlechts im Alter von 10 Monaten bis zu 22 Jahren. In der Südschule zu Bonn hat eine Familie mit 7 Personen (5 Kinder) nur 2 Betten. Soll sich dieses Elend nach der von uns erhofften Massenheimkehr vervielfachen?

Reichstag und Rheinministerium hilf! Die Opfer des passiven Widerstandes verdienen es.

Zurücknahme von Ausweisungen.

Miesbaden, 14. Juni. (W.B.) Wie das Kreisblatt in Höchst mitteilt, sind in den letzten Tagen im hiesigen Bezirk 15 Ausweisungen zurückgenommen worden. Ferner ist einer Anzahl ausgewiesener Familien ein befristeter Aufenthalt im besetzten Gebiet gestattet worden.

Ein Vorkämpfer gegen Fälschung.

Cohmann verurteilt sich selber.

Herr Professor Nikolaus Cohmann aus München hat sich durch die „Dolchstoß“-Nummern der „Süddeutschen Monatshefte“ als Großkämpfer in Zitatenfälschung erwiesen. Der Leffentlichkeit ist bereits bekannt, wie er ein Zitat des „Vorwärts“ in sinnentstellender Weise aus dem Zusammenhang riß, wie er Ausführungen des Genossen Haenisch im „Handbuch der Politik“ durch Fortlassung der wesentlichsten Räte ins Gegenteil verkehrte, wie er dem Gewerkschaftssekretär Campig eine Aeußerung in den Mund legte, die dieser im genau gegenteiligen Sinne tat usw. usw.

Da muß es beinahe zum Lachen reizen, daß dieser Herr Cohmann einmal die Stirn befehlen hat, sich — als Vorkämpfer gegen literarische Fälschung aufzuspielen, in jenem ersten Fehrenbach-Prozess, bei dem es um die sogenannte „Eisnerische Fälschung“ ging, nämlich um die nicht vollständige Herausgabe des v. Schönshausen Dokuments vom 18. Juli 1914. Wie straffte sich damals Herr Cohmann in der Pose des sittlich entrüsteten Anklägers, wie glänzte er als geistiger Ehrenmann! Der gedruckte Prozessbericht (erschienen bei Knorr u. Hirth, G. m. b. H., München) gibt eine unvergängliche Illustration des Cohmannschen Charakters.

Zunächst läßt sich Herr Cohmann von dem Mitangeklagten Hauptkristalleiter Osterhuber „seine absolute und allgemein anerkannte Zuverlässigkeit“ bescheinigen. Der Zeuge Oberregierungsrat Dr. v. Müller, Honorarprofessor der Münchener Universität, stimmt einen förmlichen Hymnus auf den Vebiern an:

„Ich komme durch meinen Beruf mit vielen Menschen aus wohl allen Kreisen des Volkes zusammen, darunter mit vielen, die ich für wahrheitsliebend halte und deswegen ehre und achte; aber ich möchte mit vollem Bewußtsein sagen, es ist keiner darunter, der von einer so bedingten, wenn man will, rücksichtslosen Wahrheitsliebe erfüllt ist, wie Professor Cohmann.“

Cohmann selber, dessen „Dolchstoß“-hefte das Musterbeispiel eines unwissenschaftlichen Sammelsuriums von Klatsch und Tratsch darstellen, erklärt hochmütig, Fehrenbach seine „keine Vorstellung von wissenschaftlicher Methodik zu haben“. Am Schlusse der Verhandlung tut Cohmann noch einmal seine strengen Auffassungen über literarische Fälschung kund. Er sagt:

„Ganz laienhaft habe ich die Anschauung, daß, wenn jemand einen Mietvertrag auch nur abschreibt, der die Miets eines Stadtwertes betrifft, und er schreibt darüber, der Mietvertrag betrifft die Miets eines ganzen Hauses, und er läßt hierbei alle Stellen fort, die erkennen lassen, daß es sich um die Miets eines Stadtwertes handelt, so habe ich die Anschauung, daß der Mann sich einer Fälschung schuldig macht.“

Wie muß nach diesem selbst aufgestellten Maßstab Professor Cohmann seine „Vorwärts“-Fälschung, seine Haenisch-Fälschung, seine Campig-Fälschung verurteilen! Selten hat ein Mensch im voraus eine so vernichtende Verdammung über sich selber ausgesprochen, wie Herr Cohmann im ersten Fehrenbach-Prozess.

Ludendorffs Treu und Glauben.

Mit Tintenstift durchstreichen.

Die Neuausgabe der „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918“ (Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte) bietet nicht nur durch die 41 neu aufgenommenen Dokumente dem Historiker viel Interessantes, sondern wirkt auch durch eine Anzahl sachkundiger Anmerkungen auf bereits bekannte Urkunden neue Schlaglichter. Ein kleines Charakteristikum soll heute hervorgehoben werden:

In der großen Kriegsratsitzung vom 17. Oktober 1918 (Urkunde Nr. 57) ist auch von der Räumung der Ukraine die Rede gewesen. Staatssekretär Solj hob hervor, daß es nach Zurückziehung der deutschen Truppen wahrscheinlich zu großen Meutereien durch die Bolschewisten kommen würde.

Ludendorffs Antwort darauf lautet nach der Druckausgabe des Protokolls:

„Auch das müssen wir in Kauf nehmen. Ist die Räumung nötig oder nicht für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauerhaften Folgen.“

Aus einer Anmerkung der Neuausgabe erfahren wir nun, daß sich in der Reichsstanzei eine Abschrift des Protokolls befindet, in der die Ausführungen des Generals Ludendorff folgendermaßen wiedergegeben sind:

„Auch das müssen wir in Kauf nehmen, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des deutschen Vaterlandes nötig wäre. Ist die Räumung usw. usw.“

Die Worte „selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des Vaterlandes nötig wäre“, sind in der Abschrift mit Tintenstift durchstrichen.

Ludendorff hat sein gewohntes Schweigen: Sein Erscheinen am Brandenburger Tor verwandelte sich nachträglich in einen harmlosen Spaziergang. In München wurde er ganz nichtsahnend in die Verschwörung hineingezogen, und seine Ausführungen gegen Treu und Glauben durchstreicht eine unbekannte Hand mit Tintenstift! E. R. . . .

Lindströms Sieg in Siegen.

Siegen, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Deutsche Tag“ in Siegen war von den Haltenkreuzverbänden mit einem ungeheuren, geradezu höflichen Gepräge vorbereitet worden. Das gesamte Bahnhofsgelände war zum Empfang der „Großen“ mit Girlanden geschmückt — sehr merkwürdig für eine Bahnsozialverwaltung der Republik. Die Deutsche Friedensgesellschaft machte jedoch einen Strich durch die Rechnung, sie setzte am Vorabend des „deutschen Tages“ eine Versammlung im größten Saale der Stadt an und fand die freudige Unterstützung der republikanischen Parteien und Gewerkschaften. Tausende von Republikanern füllten den Riesenaal der Bürgergesellschaft. Die Farben „Schwarzrotgold“ schmückten den Raum. Gen. H. Bierbäcker, Berlin hielt das Referat über das Thema „das Haltenkreuz ist Deutschlands Untergang“. Der Redner wurde mit höchstem Beifall begrüßt. Er ging rücksichtslos mit den Schädlingen der Republik ins Gericht. Alle Störungsvorwürfe brachen unter dem Willen der Versammelten elend zusammen. Die Ausführungen wurden ständig unterbrochen von begeisterten Ovationen für die Republik und die Verständigung. Ein früheres Mitglied einer völkischen Organisation, das im Ruhrkampf mit aktiver Tätigkeit gewesen war, legte das Bekenntnis ab, daß er sich von dem Betrug einer irregulierten Bewegung abwenden müsse. Landtagsabg. Fries-Siegen forderte zum Eintritt in das „Reichsbanner Schwarzrotgold“ auf. Die eindrucksvolle Kundgebung schloß unter stürmischen Hochrufen auf die Republik.

Die Bolschewiken haben damit eine Niederlage erlitten, die sie selbst nicht geglaubt hatten. Sie haben ihren Ludendorff gestern Morgen mit sehr gemischten Gefühlen am Bahnhof abgeholt. Zirkä hundert Uniformierte schrien „Heil“. Diensttunende Arbeiter und Beamten grüßten ihn noch nicht einmal, obgleich die Herren Amtsvorstände, im Brautrad erschienen waren. Man sah einige Offiziere in voller Uniform herumlaufen, teilweise begoffen und verächtet von den Reugierigen. Vor dem Hauptquartier „St. Gallen“ in der Villa des Fürsten von Wellersberg — hatte sich eine „Volksmenge“ von vielleicht 100 Personen, meistens Kindern, eingefunden, die gegen gute Entlohnung des Deutschlandlied grölten. Die Stadt stand noch weiter unter dem Zeichen der republikanischen Kundgebung. Der kommende große, republikanische Tag dürfte eine andere Freistimmung hervorufen als der „Deutsche Tag“ in Siegen. Ein zweites Mal wird der große Lindström nicht mehr nach Siegen kommen!

Pulsstiftenerfolgung in England. Die Polizei von Glasgow ist am gestrigen Sonnabendvormittag in einen Versammlungsraum eingedrungen, in dem man irische Republikaner vermutete. Fünf Verhaftungen wurden vorgenommen, wobei auch Munition und Explosivstoffe beschlagnahmt wurden.

„Herr, mach uns frei!“

Präsentiermarsch vor Rupprecht.

München, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Enthüllung des Mahnmals für die entrisenen deutschen Gebiete, veranstaltet vom Bund „Bayern und Reich“, verlief ganz im Rahmen des vorgesehnen Programms. Den Auftakt bildete am Sonnabendabend eine Festvorstellung im Prinzregenten-Theater „Die Hermannsschlacht“, an der auch der ehemalige Kronprinz Rupprecht, der mit drei Hochrufen empfangen wurde, teilnahm. An der eigentlichen Feier am Sonntagvormittag beteiligten sich die Prinzen Ludwig Ferdinand und Adalbert, Ministerpräsident Knilling, Minister Schwemer und Herr v. Kahr, den ja besonders enge Beziehungen zu dem Bunde „Bayern und Reich“ verknüpfen. Die Reichswehr war durch ihren bayerischen Kommandeur Kreh von Kressenstein vertreten sowie durch eine Kompanie mit den Fahnen und Standarten der alten Armee. Rupprecht, der die Marschallsuniform angelegt hatte, wurde mit dem Präsentiermarsch empfangen. Die Festrede hielt Professor Herold, der zur Treue und Einigkeit mahnte und sich insbesondere gegen das Aufblühen eines neuen Kulturkampfes wandte. Die Enthüllung des Mahnmals in der Feldherrnhalle nahm Rupprecht vor, wobei er einige kurze Worte über die Leiden des deutschen Volkes sprach, das unverbunden von diesem schweren Unglück betroffen worden sei. Die Aufschrift der Tafel trägt den Titel: „Herr, mach uns frei!“ Die Tafel selbst ist besetzt mit 10 großen Bronzenägeln, die in einzelnen die deutschen entrisenen Gebiete darstellen sollen, darunter auch die ehemaligen Reichsländer Elsaß-Lothringen, Deutschböhmen und Südtirol. An diesen Nägeln wurden Kränze angebracht, die jedes Jahr erneuert werden sollen. Im Rahmen der entrisenen Gebiete dankte der deutschnationalen Professor Martini Span. Zu besonderen monarchistischen Kundgebungen ist es nicht gekommen. Auch war die Teilnahme trotz der eingeleiteten Entlohnung nicht stark — es waren kaum 2000 offizielle Festeilnehmer.

Was will der „Notbann“?

München, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Fraktion des Landtages hat eine kurze Anfrage eingebracht, in der die Staatsregierung um sofortige Auskunft über folgende Fragen erlucht wird:

1. Ist der Staatsregierung bekannt, daß zurzeit in München von amtlichen und nichtamtlichen Stellen eine Menge militärisch ausgebildeter Leute unter der Benennung „Notbann“ organisiert, zusammengeführt, zum Teil eingekleidet und in verschiedenen Gebäuden, Kasernen usw. untergebracht wird?

2. Ist der Staatsregierung bekannt, zu welchem Zweck diese Leute eingestellt werden und hat sie Kenntnis, wer das Geld hierfür zur Verfügung stellt?

München, 16. Juni. (Zl.) Die gestrige Ausgabe der „Welt am Sonntag“ in München wurde von der Polizeidirektion wegen Veröffentlichung einer Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion über den Notbann beschlagnahmt. (1) Die Polizeibehörde erblidigt in dieser Anfrage einen Landesverrat.

Ruhige Börse.

Die Börse eröffnete heute wieder in ausgeprochen fester Haltung. Man ist sich jedoch in den beteiligten Kreisen darüber klar, daß es sich hierbei um eine Nachwirkung der in der Vorwoche zwischen den Berliner Banken gepflogenen Verhandlungen und demgemäß einen Rückzug der Beisepetulation handelt, das aber mit einer dauernden Auswärtsbewegung vorläufig kaum zu rechnen ist. Die Deckungskäufe gaben dem Geschäft besonders am Petroleummarkt ein sehr lebhaftes Gepräge. Es notierten Deutsche Petroleum mit 9% und Deutsche Erdöl mit 33 bis 33 1/2%.

Die Geldmarktlage hat sich unter dem Eindruck der Mitteilungen der Reichsbank zum vorgestern veröffentlichten Wochenanweis noch mehr erleichtert. Es zeigt sich auch hierin eine Rückwirkung der ausländischen Darlehen an die Goldbank. Am Devisenmarkt ist die Lage unverändert.

Die Kastanie.

Von Hans Wesemann.

Auf dem Hinterhofe der Fabrik steht ein Kastanienbaum. Zischend und klirrend fahren auf der nahen Stadtbahn die Züge vorüber und speien ihren Rauch auf sein Kleid. Kein Bruder grüßt ihn, er ist allein in Mauern und Wänden und das ewige Rattern der Maschinen zittert durch alle seine Wurzeln bis an sein grünes Herz. Aber immer hebt er sein Haupt zur Sonne empor, und manchmal, ganz in der Frühe, kommt ein kleiner Vogel und piept ein schüchternes Lied in seinen Zweigen, bis ihn der Rärm des Tages verschluckt.

Aus den schmutzverwehten Fenstern der Fabrik sehen die Arbeiter nach ihm her. Ein Gruß ist er ihnen, ein Versprechen — ein Erinnern an ein fernes traumhaftes Glück in Sonne und weitem Feld.

„Grade so 'ne Kastanie hatten wir früher zu Hause, da bin ich als Junge immer reingeklettert!“ — sagt der Graukopf zu seinem Nachbarn.

Der aber erzählt dann von seiner Laube und läßt den Alten zum Sommerfest ein.

Ueber ihnen im zweiten Stock sitzen die kleinen Fabrikmädchen an den Tischen und sortieren Schrauben und Nägel. Sie sind jung und können noch lachen.

Und wenn sie sehen, wie der Baum ihnen einen Gruß hineinwirft, dann denken sie an den Sonntag mit einer Fahrt ins Grüne in hellen Kleidern, an Tanz und Fröhlichkeit. Und wippen mit den Hüften unter dem Tisch, bis der Meister erscheint und sie alle wieder die Köpfe tiefer über die Arbeit beugen. Aber ein Lächeln liegt noch auf ihren Lippen. Sonntag tanzen wir. —

Unten im Keller sagt der Fabrikant zu seinem Buchhalter: „Bassen Sie den Baum ab schlagen, er nimmt uns alles Licht weg.“ —

Junge Franzosen und junge Hebräer.

Die Gemüter in Frankreich und Deutschland sind in den letzten anderthalb Jahren merklich ruhiger geworden, obwohl die Nationalisten in beiden Ländern noch großmächtig genug trafeuten. Es lichtet sich mancherlei auf beiden Seiten, und da war es notwendig, daß die Volksbühne wieder einmal die jungen Franzosen ehren wollte, ehren gegen die Borniertheit des Deutschen Theaterdirektorenvereins, der die geborenen Franzosen verbot, jedoch allerhand internationalen Schund nach Pariser Marke aus Nikodemien und anderen Klitzgebieten bezog.

Dr. Grautoff hat Barbulle und Bildrac, Verhaeren, Rimbaud und Jammes gelehrt, indem er sie vor den Kundstühlen der Volksbühne erläuterte. Grautoff neigt dazu, die klassische Erzählung, das künstlerische Vollendungsziel und die moralische Friedlichkeit, in der all diese lieben Leute reden, als besonderes

französisches Poetenschicksal anzusehen. Nun, das stimmt nicht ganz, doch ist es schön, den deutschen Betrachter bei solcher harmonisierenden Stimmung zu treffen. Grautoff, Romain Rollands Anwalt in Deutschland, freut sich des idyllischen Hanges all dieser jungen Franzosen, und sein nachdichtender Mitbewerber Paul Jech, der Bildracs Skizze „Der Heimatlose“ auf die Volksbühne brachte, schmelzt in ähnlichem Gefühl. Darum scheute sich Jech, diesem langatmigen Einakter den Atem etwas zu verkürzen. Bildrac gibt sich als Vorkler und auch als Dramatiker seit Jahren einer beträchtlichen Ratiotät hin. Es ist aber nicht die Schlichtheit des Naturmenschen, der nur in seiner warmen Bewunderung des kleinen Alltags hinlebt, sondern der energielose Wille des überkultivierten Mannes, der hier zum Einfachen treibt. Bildrac sucht die winzigen Züge der Kleinbürger, er läßt sich gern vom Philistertum überschwemmen, er gefällt sich darin, jede Bosheit und jede Güte des Kleinbürgers mit gleichem Wohlwollen aufzuzeichnen. Bildrac verengert mit Absicht den Horizont, der um ihn leuchtet. Die Lösung eines Problems wird nicht gegeben. Der Heimatlose, der vom alten Europa auswandert, um asiatische Freuden zu suchen, experimentiert mit seinem Felsen, ohne daß er sich nach Zwecken oder Zielen ausstreckt. Bildrac will hier gerecht sein, indem er seinem Völkler weder recht noch unrecht gibt. Die Moral dieser kleinen, langsam hinführenden Komödie wäre zu loben, wenn auch die dramatische Form sich gefällig runde. Aber das Behagen des Erzählers Bildrac und sein Wunsch, dem Philistier freundlich zuzulächeln, sind so groß, daß er gar nicht merkt, wie sein guter Wille dem Theater gefährlich wird. Die Volksbühne spielte nun gerade dieses Bildrac, auch mit großem Behagen, auch im langsame, die Dinge vorfichtig abtastenden Schritte. Dadurch gewannen die Zuschauer den Eindruck, daß die Bühne der jungen Franzosen nur eine Stätte zum Abhandeln novellistischer Fragen geworden sei.

Am gleichen Abend spielte eine Schauspielergesellschaft, die sich das „Baskina-Theater“ nennt, in neubraunlicher Sprache die biblische Legende „Belshazzar“. Junge Hebräer zogen in die Comedia Balzai ein. Die Sprache, die sie redeten, legt sich schwer auf die Muskeln und jedes Glied des Schauspielers. Auch das Neubraunliche verlor den majestätischen Charakter der Bibelsprache nicht. Es scheint, daß die subtilen Regungen des Menschen, das Sagen und Weinen in dieser Sprache kaum erweckt werden können. Jede Regung wächst ins Erhabene, man erinnert sich, daß König Salomon selbst dort, wo er im hohen Riede zu der geliebten Freundin spricht, baherriesterliche Klänge erklingt. Das Stück der neubraunlichen Komödien ist dem Geiste nach sehr volkstümlich, dem Worte nach sehr gekünstelt. Belshazzar, jener König von Babel, der sich gegen den jüdischen Gott verübte und darum in Sarnach endete, sein ganzer Hof der Zauberer, die Priesterinnen und Wundschänder drücken sich in arabaisch gekniffener Phrasen aus. Der Grönder und Requisiteur dieser Bühne, Herr Gneissin, hat sich an dem modernen Stille des Theaters belahet. Mit verfeinerten Farben, mit phantastischen Uebertreibungen, mit behutsam ausgewählten Bildmitteln arbeitet er, um seine Bühne biblisch und merkwürdig zu machen. Die Augenblicke, die er schafft, ist beträchtlich. Man bekommt aber, daß er diesen raffinierten Aufwand treibt, um ein ganz primitives Volkstück zu spielen. Es mischen sich da hundert Elemente, Kultur

und Uebertreibung. Die palästinensischen Schauspieler, Verwandte jener zionistischen Auswanderer, die mit den modernsten Maschinen um den Ertrag der alten Bibelverse ringen, bringen auch die modernste Maschinen auf das Theater. Es scheint aber ein Unterschied zu bestehen zwischen den Rechten des Volkswirtes und des geistigen und des künstlerischen Volkswirtes. Zu bewundern ist die Energie, mit der Herr Gneissin seine Schauspieler leitet. Die hebräische Regende von dem feperischen und bekümmerten Heidentönig bemogte auch die Zuschauer wie ein Passionspiel. Max Hochdorf.

Goldgrubungen im Harz. Vor einigen Jahren schon sind im Harz, vor allem in der Gegend von Thale, Gold- und Platinvorkommen entdeckt worden. Wie die „Magdeburger Zeitung“ berichtet, ist man diesen Vorkommen neuerdings nachgegangen, und es steht tatsächlich zu erwarten, daß sich im Harz neue große Goldquellen erschließen werden. Wegen der Loderheit der Substanzen und der geringen Höhe des Berges ist die Möglichkeit eines Tagebaues nahelegend. Die Analysen haben im Durchschnitt 6 Gramm Gold und 4 Gramm Platin pro Tonne ergeben, an besonders guten Stellen bis 25 Gramm Gold und 15 Gramm Platin. Es handelt sich nach den eingeholten Gutachten um ein durchaus abbaufähiges Vorkommen. Ein bedeutender Geologe äußerte sich: „Ich betone in aller Form, daß ich das Vorkommen des Goldes im Harz unbedingt für wert eracht, in ausgedehnter Weise auszubeten.“ Fernerwert ist, daß drei geologische Formationen, Alumium, Bismutum und Tellur, die hier übereinander gelagert sind, von den Goldmetallungen durchdrängt sind. Nach Schätzung von Sachverständigen soll die obere Schicht allein 600 000 Tonnen ausmachen. In Anbetracht der Goldknappheit stellt also das Vorkommen einen enormen Wert dar.

Nach dem Todesfall der „Todesraute“. Wie aus London gemeldet wird, hat man in England Versuche mit einer mit Flüssigkeit versehenen Brandraute gemacht, die einen Regen von geschmolzenem Metall über ein Gelände von 8 bis 15 Kilometer im Umkreis verbreitet. Die Versuche wurden bei dem Dorfe North Ferrisby in der Grafschaft North ausgeführt. Der Erfinder Ernest Welch erklärt, daß das Fliegen der Raute jedes Flugzeug vermindert und daß die Geschosse jeder Stoff und Abfall durchschlagen. Die Versuche wurden auf offenem Felde ausgeführt. Man verwendete winzige Raketen, da die Anwendung der großen Apparate die ganz Dristhaft vermindert hätte. Nur wenigen Personen wurde der Zutritt gestattet. Die kleinen Raketen verbreiteten einen Feuerregen geschmolzenen Metalls über das Feld, der eine Beschädigung von der härtesten Weisung zu geben vermochte. Weitere Versuche in größerem Maß sollen in der nächsten Woche in Anwesenheit von Regierungsvertretern gemacht werden. Wie berichtet wird, „interessieren“ sich die Regierungen von England, Frankreich und Amerika für die Erfindung, und die Vereinigten Staaten haben bereits ein Erwerbsofferten an den Erfinder gerichtet.

Die Heime veranstaltet für den Wahlbekenntnis: Von der Zeitungspreis von 20 Bg. am 17. 19. 21. 22. Juni 8 Uhr.

Stresemann und das Kabinett Herriot.

Ohne Illusionen und Voreingenommenheit.

Karlsruhe, 16. Juni. (B.Z.) In einer anlässlich der Tagung der süddeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei in Karlsruhe veranstalteten öffentlichen Versammlung sprach der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann über die politische Lage.

Gegenüber der heutigen Situation vertrat der Minister den Standpunkt: Wir ziehen die Konsequenz aus dem verlorenen Kriege und zahlen deshalb die Kriegsschuldigung, aber wir lehnen es ab, als die moralisch Verantwortlichen irgendwelche Wiedergutmachungen zu leisten.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen bedauerte der Minister, daß in dieser Zeit der Verhandlungen über das Sachverständigengutachten die Behauptung aufgestellt worden sei, daß die gegenwärtige Regierung keine verfassungsmäßige Grundlage habe. Werde das gegenüber dieser Regierung behauptet, dann habe auch die Regierung Frankreichs und die von den Deutschnationalen unterstützte Regierung Luno keine verfassungsmäßige Grundlage gehabt, denn diese Regierungen hätten ebenso wenig das Wort „Vertrauen“ in ihren Billigungserklärungen gehabt wie die heutige Regierung. Seit die neue Verfassung besteht, habe niemand daran gezweifelt, daß die Regierung erst dann das Vertrauen verliert, wenn eine Mehrheit ihr das Mißtrauen ausdrückt. Dieser Mißtrauensantrag der Deutschnationalen sei von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt worden.

Der Außenminister wandte sich dann gegen die Anschauung des Auslandes, daß das Deutsche Reich in einer glücklichen Situation sei, weil es

keine Kriegsschulden

zu bezahlen habe. Man vergesse bei dieser Betrachtung, daß die Summe, die durch den Entwertungsprozeß dem Volkswert verlorengegangen sei, eine der wichtigsten Säulen der früheren Steuerpolitik gewesen sei. Den Bewältigungen in Frankreich ständen die Bewältigungen gegenüber, die im deutschen Volke durch die Inflationierung der weitesten Schichten der Spartei und Anleihebesitzer hervorgerufen worden seien. Ihnen zu helfen sei gegenwärtig unmöglich. Sobald dagegen die Endsumme unserer Verpflichtungen sich übersehen lasse und aus dem deutschen Budget sich Ueberschüsse ergäben, würde auch diese Frage der Verpflichtungen des Reichs gegenüber diesen Gläubigern praktisch zur Erörterung stehen.

In den Darlegungen

über das Sachverständigengutachten

wandte sich der Außenminister gegen die namentlich von einer gewissen wirtschaftlichen Seite geübte Kritik, daß die Privatwirtschaft der Entente ausgeliefert, die Souveränität über die Eisenbahnen verloren und keine tatsächlichen Wirtschaftstrebende gegeben würden. Diese Kritiker des Gutachtens vergäßen, die heutige Situation mit der Situation nach der Annahme des Gutachtens zu vergleichen. Heute leben wir, so fuhr der Minister fort, einen Zusammenbruch der Wirtschaft im besetzten Gebiet durch die Erpressung der Ricum-Verträge, die ungeheure Belastung des Reichs durch die Besatzungsloste und die Reparationsabgabe. Wir sehen zwölf Millionen Deutsche ohne politische Freiheit, ohne Rechtsicherheit, und ungeheurer materieller, politischer und seelischer Bedrückung ausgeliefert. Wir stehen heute trotz der durch unsere Zahlungsunfähigkeit veranlaßten Auslieferung der normalen Reparationsleistungen vor einer deutschen Jahresleistung von über einer Milliarde Goldmark. Gegenüber der Behauptung Boncompis, daß Deutschland zahlen könne, aber nicht zahlen, steht die Behauptung des Sachverständigengutachtens, daß Deutschland gegenwärtig aus seinem Budget nicht zahlen dürfe, weil es dann keine Währung ruinieren. Damit falle jeder Vorwand für die Ruhrbesetzung zusammen.

Selbstverständlich sei es Aufgabe der Regierung, bei den Verhandlungen, die gegenwärtig im Gange sind, das Beste herauszuholen. Das gelte vor allem für die Befugnisse des Eisenbahnkommissars. Für die Lage im besetzten Gebiet sei es von großer Bedeutung, daß die uns anvertrauten Leistungen die Gesamtsumme der Verpflichtungen Deutschlands darstellten, die Besatzungsloste also von den Besatzungsmächten übernommen werden, worin automatisch ein Druck zur Verminderung der Besatzung liege.

Die Normleistungen des Gutachtens seien von den Sachverständigen überschätzt. Sich mit dieser Leistung abzufinden, sei nur möglich im Hinblick auf die Bestimmungen über die Transferrierung deutscher Guthaben, die nur aus Ueberschüssen der deutschen Wirtschaft stattfinden darf. Die Lösung der Besatzungsfrage und der Frage der Ausgewiesenen ist, so betonte der Redner, organisch mit dem Sachverständigengutachten verbunden.

Ist das Gutachten die Lösung der Reparationsfrage, dann ist es auch das Ende aller Methoden, die während des Ruhrkampfes als Kriegsmethoden angewandt worden sind.

Das gilt auch für die militärische Räumung des Ruhrgebietes, die zu einem bestimmten Termin in Aussicht genommen werden muß.

Der neuen französischen Regierung stehen wir ohne Illusionen, aber auch ohne Voreingenommenheit gegenüber. Unsere Aufgabe ist es, einen Weg zu finden, der das Leben einander lebenden von Frankreich und Deutschland sicherstellt, die auf friedliches Zusammenleben angewiesen sind und vielfach wirtschaftlich und finanziell vor den gleichen Problemen stehen.

Der Ausschuss für ungeklärte Morde.

Wofür die „Deutsche Tageszeitung“ kein Gedächtnis hat

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags hat, wie wir bereits mitteilten, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die vielen ungeklärten und ungeklärten Morde aus den ersten Revolutionsjahren durchgesetzt. Darüber gerät die „Deutsche Tageszeitung“ in Wut; ihre Zornausbrüche überschreibt sie bezeichnenderweise mit den Worten: „Wofür die Genossen Zeit haben“, um dann weiter der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie in einer Zeit der außerpolitischen Not nur für innerpolitisches Gezänk Interesse habe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sollte ihr Gedächtnis stärken. Dann würde mindestens dem preussischen Landtagsabgeordneten Paul Baeder, zugleich Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, eingefallen sein, daß vor drei Jahren seine eigene Fraktion einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss über die angeblichen Sünden Gevatings und Hirsings bei der Bekämpfung des mitteldeutschen Kommunistaufstandes beantragt und durchgeführt hat. Dieser Ausschuss, der doch auch in einer Zeit der außerpolitischen Not tagen mußte und Unsummen gefordert hat, erwies sich allerdings als eine unerhörte Vergeudung von Kraft und Arbeit. Der ganze Apparat diente eigentlich nur als Form für geschwollene Reden des deutschnationalen Abgeordneten v. Drögeler, die seinen eigenen Parteigenossen auf die Nerven fielen. Bei der Beweisaufnahme wurden die Deutschnationalen dann immer kleiner und mußten schließlich einem Bericht zustimmen, der im wesentlichen feststellte, daß die Untersuchung absolut nichts gegen Gevating und Hirsing ergeben habe. Dieser blamable Ausgang der deutschnationalen Aktion sollte die „Deutsche Tageszeitung“ eigentlich etwas belehrender machen.

Der jetzt beantragte Untersuchungsausschuss wegen ungeklärter Morde hat bestimmte umgrenzte Ziele und kann außerordentlich nützlich und lustreimend wirken, gerade weil er den Feindlichen unangenehm ist.

Aufbesserung der Militärrenten. Halbamtlich wird gemeldet: In Zusammenhang mit der Forderung der Beamtenbezüge ist an Stelle der bisher geltenden Erhöhung der Militärrenten um 24 Proz. mit Wirkung vom 1. 6. 1924 ab eine Rentenerhöhung um 40 Proz. getreten.

Ein nasser Sonntag.

Die mit Recht so berühmten ältesten Beute konnten sich wieder einmal nicht erinnern, daß es so ununterbrochen geregnet hat von Sonnenaufgang bis fast zum Sonnenuntergang, wie am gestrigen Sonntag. Die Straßen und Steige waren ständig überflutet und große Lachen hatten sich dort gebildet, wo gebuddelt wird. Das war aber an sehr zahlreichen Stellen der Fall, denn in Berlin ist man augenblicklich bei einem großen und schon lange Jahre notwendigen Instandsetzen der Straßen. Draußen aber, in den Wäldern und auf den Feldern schien die Welt tot und ausgestorben. Und doch waren viele Berliner unterwegs, denn der Sonntag muß nun mal gefeiert werden, ganz gleichgültig, was die Nerven dazu sagen. In den Wagen der Stadt- und Ringbahn riefelten heftliche Böchlein, die von Schirmen und Mänteln flossen. Aber diese Reisenden fahren nicht ins Freie, sondern von einem Stadtteil in den anderen, von einem Restaurant in das andere Restaurant. Die Folgeerscheinungen am späten Nachmittag blieben nicht aus. Man sah viele schwankende Gestalten; außen noch und innen naß. Die Lokale hatten großen Erntedag, denn das Bier lief ja wieder.

Nur die Wasserportleute, die stets unentwegt, hielten dem feuchten Element die Treue. Aber wenn man sie beobachtete, als sie am späten Abend aus Wannsee, Grönu oder den anderen Seglerparadiesen rund um Berlin heimwärts fuhren, da bekam man den Eindruck, als ob sie nicht gesegelt oder gerudert, sondern den ganzen Sonntag im Wasser gelegen hätten.

Das Eisenbahnunglück am Potsdamer Bahnhof.

Im Befinden der verletzten Personen ist, wie wir vom Rettungsamt Berlin erfahren, keine Veränderung eingetreten. Hoffnungslos darüber liegen noch immer im Urbantrankenhause Herr Günther Dampf, ebenso Fräulein Anneliese Soelke aus Rehbrücke bei Potsdam, der bei dem Zusammenstoß der beiden Züge der Arm abgequetscht wurde. Den übrigen Verletzten geht es verhältnismäßig zufriedenstellend.

Sechste Lage wird darüber geführt, daß die Rettungseinrichtungen sich bei dem Unglück als höchst mangelhaft erwiesen haben. Zwar war die Feuerwehr herbeigerufen, aber sie war nicht auf die Bergung von Verunglückten eingestellt, da nur „Feuer“ gemeldet war. Es dauerte denn auch fast eine Stunde, ehe die Verunglückten geborgen waren. Es dürfte an der Zeit sein, die Sicherheit des Berliner Eisenbahnverkehrs einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen.

Vom Diebstahl zum Mordversuch.

Sie wollten ihre Mitwisserin töten.

Der Kriminalpolizei in Wien gelang es, zwei junge Burtschen zu verhaften, die in Berlin einen großen Teppichdiebstahl ausgeführt und auf einer Wanderung in der Nähe von Dresden ihre Freundin, die um den Diebstahl wusste, ins Wasser gestoßen hatten, um sie zu töten. Es handelt sich um den 21jährigen Beamten Herbert Rohmann aus Thüringen und den 19jährigen Drogerien Werner Driehuth. Beide hatten einem Hotelier am Kurfürstendam wertvolle Perlesteppiche gestohlen und sie verkauft. Von dem Erlös machten sie eine Wanderung in die Schweiz. In der Nähe von Dresden ließen ihre Freundin, eine Hausangestellte, in die Elbe, um sie als Mitwisserin zu beseitigen. Als das Mädchen aber nicht erkrank, warfen sie mit Steinen nach ihm und verletzten es schwer. Als auch dies nicht half und das Mädchen immer noch das Ufer zu erreichen suchte, schossen sie mit Revolvern nach ihm. Durch den Lärm kam aber ein Bauer herbeigelaufen, worauf die Burtschen die Flucht ergriffen, während das Mädchen gerettet werden konnte. Die beiden jungen Leute waren auf Schleifwegen nach Österreich gekommen und hatten sich in Wien durch ihr Herumschleichen um Bankgebäude verächtlich gemacht, worauf sie verhaftet wurden. Sie sind auf den Antrag der Berliner Polizei bereits ausgeliefert worden.

Eine Autojagd.

Ein Mann in mittleren Jahren versuchte am Sonnabendnachmittag ein Auto zu stehlen. Er wurde aber gefaßt und von erbitterten Kraftwagenführern über zugerichtet. Außerdem dürfte er eine empfindliche Strafe zu erwarten haben. Vor einem Lokal in der Waldstraße standen mehrere Autos. Die Fahrer waren im Lokal. Plötzlich sahen sie, wie ein Mann, der schon mehrfach um die Autos herumgegangen war, sich auf eins hinauffschwang und rasch davon fuhr. Er wurde alsbald von den übrigen Wagenführern überholt und angehalten. Aus Mund und Nase blutend, lieferten diese ihren Besagten auf der nächsten Wache ab. Hier wurde er als Chauffeur Richard Heerwald aus Bohnsdorf, Gartenstr. 2, festgestellt. Der Dieb wurde der Kriminalpolizei übergeben.

„Ich habe gebüßt!“

Die Leiche eines Mannes wurde morgens um 5 Uhr zwischen den Stationen Karlsruher und Sadoma gefunden. Sie hatte eine schwere Verletzung am Hinterkopf und der rechte Arm war zerquetscht. Bei der Leiche war ein Zettel mit folgender Aufschrift gefunden: „Bitte benachrichtigt Frä. Elie Böttke, Charlottenburg, Colanderstr. 2“. Darunter stand: „Ich habe gebüßt“. Aus den Spuren auf dem Bohndamm konnte die Polizei erkennen, daß sich der Unglückliche vor einem fahrenden Zug geworfen hatte. Die leitenden Räume der Lokomotive aber hatten ihn gefaßt und beiseite geschleudert. Daher rührt auch die tödliche Verwundung am Kopfe. Anfangs glaubte man, daß es sich um eine unglückliche Liebe handelte. Die Ausagen des auf dem Zettel genannten Fräuleins trafen aber anderes. Der Tote ist ihr Bruder, der 27 Jahre alte Buchhalter Gerhard Menglich, der in Senftenberg wohnt. Zu den Pfingstfeiertagen war er zu ihr nach Berlin zu Besuch gekommen. Er hatte vor kurzem in Senftenberg einen Prozeß verloren und war verurteilt, für drei — uneheliche Kinder zu sorgen. Da dieses seine Vermögens- und Einkommensverhältnisse weit übersteigt, hatte er den Entschluß gefaßt, aus dem Leben zu scheiden.

Kochherdexplosion in der Konditorei Schilling.

Die Berliner Feuerwehr wurde am Sonntagabend in der neunten Stunde nach der Konditorei von Schilling, Kurfürstendamm 234, alarmiert, wo in der Küche ein Kochherd explodiert und drei Personen verletzt waren. Sie wurden an Ort und Stelle verbunden und weitere Gefahren beseitigt. Die Explosion war durch die Ansammlung von Gasen entstanden. Die Spandauer Feuerwehr hatte in der Nacht zum Montag in Ruhleben zu tun, wo in der Reichsmehrlagerne der Heuboden brannte. Es gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Der Brand einer Käuherei rief den 8. Löschzug nach der Reichenberger Straße 144. Bismilliger Welle wurde die Wehr u. a. nach der Friedstraße 33 in Neukölln, Müllerstraße 60, Hausvogtelstraße 61 alarmiert. Die Täter sind stets unentdeckt entkommen.

Am Sonnabend, abends 7 Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Hause Oranienburger Str. 22 gerufen, wo die kleine dreijährige Tochter der Familie H. hoch oben an der Brüstung des Balkons des 3. Stockwerkes zwischen Himmel und Erde schwebte. In Abwesenheit der Eltern leitete das Hausmädchen die Kleine schlafen und ging dann auch fort. Das Kind machte auf, machte sich die Balkontür auf und kletterte im Hand auf die Balkonbrüstung, wo es etwa zwei Stunden am Geländer hing und jeden Augenblick abzustürzen drohte. Die erschrockenen Passanten holten die Feuerwehr und die

wirklich einmal „des Kindes Engel“, befreite die Kleine aus ihrer furchtbaren Lage. Ueber die mechanische Leiter kletterte einer der allseitig modernen und hilfsbereiten Feuerwehrlöcher zu der schwindelnden Höhe empor und rettete den Eltern ihren gefährdeten Liebling.

Die Bauerntragödie in Lüffe.

Geständnis des Täters.

Zwischen blühenden Azaien und fruchttragenden Bäumen liegt im sogenannten Winkel in Lüffe an der Station Bahg das reiche Bauerngut des verstorbenen Landwirts Köppe. Vor kaum acht Monaten hat dort der 32jährige R. Kühne hineingeheiratet, die einzige 23jährige Tochter der 33jährigen Witwe Köppe. Zwei Tage vor Pfingsten fand man die Tochter erschossen und die Witwe Köppe durch Axtstiche erschlagen vor. Kühne selbst war gleichfalls durch Schüsse im Oberarm verletzt. Pferde- diebe aus Rommes sollen die Täter gewesen sein.

Der Erste Staatsanwalt Gerlach, Potsdam beauftragte die Berliner Kriminalpolizei mit der Aufklärung der Sache. Ein Kommissar zog als harmloser Sommerfrischler nach Lüffe, um dort zu forschen. Es war nicht leicht, aus den Bauern etwas heraus zu bekommen. Vor drei Tagen hatte man die reiche Bäuerin zu Grabe getragen, und gestern abend hat der Ehemann Kühne dem Berliner Kommissar im Volziger Krankenhaus das furchtbare Geständnis gemacht, der Mörder seiner eigenen Frau und seiner Schwiegermutter zu sein. Furchtbar muß das Zusammenleben dieser drei Menschen gewesen sein. Für die zwei Frauen gab es nur eine Parole im Leben: Geldwecheln. Eigentümern der feinen Bauernwirtschaft war die junge Frau. Auf Kühne sollte die Hälfte der Wirtschaft übertragen werden. Aber die Grundbuchaufhebung ließ zu lange auf sich warten, und da machte Kühne zwei Tage vor Pfingsten kurzen Prozeß und beseitigte Frau und Schwiegermutter. Zuerst ging der Mörder an die Aufbewahrung der Pferde, dann öffnete er die Türen des Gartens, um so Einbrecherjagd vorzutäuschen. Dann legte sich der Ehemann mit seiner jungen Frau zu Bett, und als diese gegen 1 Uhr nachts im tiefsten Schlafe lag, zog sich der Bauer an, schlich sich an das Lager der Frau und legte ihr eine Kugel in die Schläfe. fünf Minuten später, als er merkte, daß seine Frau tot war, schlich er sich in das Nebenstübchen der Frau Köppe und schlug ihr mit einem Axt die Schädels ein. Dann begab sich der Mörder vor die Küchentür in dem Glauben, daß niemand ihn here und gab dort einen Schuß auf seinen rechten Unterschenkel ab. Die Schusswunde, eine sogenannte Parabelschußwunde, lagte er in einem hohen Stiefelschaft. Sonderbarerweise war aber die Wunde bis heute nicht aufgefunden. Erst gestern gelang es, bei einem Verwandten Kühnes zu ermitteln, das Bauernhaus bietet ein Bild des Grauens. Die Zimmer starrten vor Schmutz. Nichts ließ vor dem Mörder auf das nahe Pfingstfest schließen. Stübchen ist das Nebenstübchen der reichen Bäuerin und blutbespritzt das Erbe. Die Potten der Wirtin gleichen einem Lumpenhaufen. Des lebenden Inventars haben sich jetzt Verwandte erhermt und versehen sich mit der reifen Bauernhof. Kühne, der als Untersuchungsgefangener im Volziger Krankenhaus liegt, wird nach seiner Genesung nach Potsdam ins Gefängnis übergeführt werden.

Ueber das wahre Motiv der Tat wird nachfolgendes gemeldet: Schon vor seiner Verheiratung liebte Kühne die Frau eines Nachbarn, Hans und Isahant, aber arm war sie, und trübte sich die Reiche. kaum 23 Jahre alt, moß sie 180 Pfund und wurde daher im Ort „die Fette“ genannt. Er nahm die Fette, und die junge Frau zog nach Lüffe fort. Aber vor einigen Wochen zog die Fette wieder in den stillen Winkel nach Lüffe ihm gegenüber, und nun wollte er Herz werden und sich und sich dann die andere holen. Er hegte keinen anderen Gedanken mehr in der letzten Zeit, als sich der im Hause regierenden Schwiegermutter und seiner Frau zu erwidern. Bei seinem Geständnis, das er ruhig und bis zum Ende machte, sagte er: „Ich konnte es im Hause nicht mehr ertragen. Ich hatte nichts zu sagen. Die Mutter regierte.“ In dem Mordhause schlief auch in der fraglichen Nacht ein vierzehnjähriger Ruhrkne. Auch diesen hätte der Mörder bestraft, wenn der Knabe nicht den Kiegel vor die Tür gelassen hätte.

Die lieben „Pandelente“.

37 seiner Ausplünderung durch Landstrolach hat sich gestern ein 37 Jahre alter polnischer Arbeiter Hermann Pietras auf der Wache des 82. Regiments am Bismarckplatz erkundigt. Pietras, der im besetzten Gebiet für die Franzosen gearbeitet hatte, bestritt sich auf dem Rückwege nach seiner polnischen Heimat in Berlin. Gestern kam er, nur mit Hemd, Hose, Hut und Schuhen besessen und ganz mittellos nach der Reiterwache und bat um Unterkunft. Er war, wie er angab und wie die Ermittlungen bestätigten, in der Gegend des Schlesienschen Bahnhofs „Pandelente“ in die Hände gefallen. Sie hatten ihn unter der Postkutschung, ihm „Schiffch“ sein zu wollen, verstoßen und vollständig ausgeplündert. Die Revierbeamten beschloßen, den Hilfsbedürftigen mit dem nächsten Transport nach der Fürstengrube des Polizeireviereins zu bringen. Weil er sehr erschöpft und müde war, so wieslen sie ihm eine Zelle an, in der er sich ausruhen konnte, und lassen sich wiederholt nach ihm um. Kurz vor der Zeit, daß er nach der Fürstengrube gebracht werden sollte, fanden sie ihn dem Tode nahe auf. Der Ausgeraubte hatte sich, wohl in der Verzweiflung darüber, daß ihm die Räuber alles, was er verdient, abgenommen hatten, so daß er mittellos hätte nach Hause kommen müssen, mit einem Hosenträger, den er dreimal um den Hals schlängelt und dann zubeißt, selbst erdrosselt. Er gab noch Lebenszeichen von sich und wurde mit einer Kräftigkeitschleimigkeit nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Hier konnten aber die Ärzte nur noch seinen Tod feststellen.

Einige Revolveranschlag auf seine Frau verübte ein 26jähriger fleißigster Handlungsgeselle Werner Hornach in der Reichenberger Straße. Hornach lebte mit seiner Frau, die 12 Jahre älter ist als er, ständig in Unfrieden. Er mußte wiederholt auch die gemeinsame Wohnung verlassen, wurde dann aber jedesmal wieder aufgenommen. Gestern abend besuchte das Paar eine Konditorei in der Reichenberger Straße 34. Hier gab es wieder Streit. Hornach gab mehrere Schüsse ab, von denen einer seine Frau unter dem Herzen in die Brust traf. Die Geistesoffene wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. Sie ist, wie die ärztliche Untersuchung ergab, nicht lebensgefährlich verletzt. Hornach wurde festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben. Er sagt, daß er selbst nicht wisse, wie er zu der Tat gekommen sei.

Genosse Weier spricht Dienstag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, in der 312. Gemeindehalle Charlottenburg, Oranienstr., über das Thema: Freie oder konfessionelle Schule. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß Genosse Weier aus religiösen Gründen die konfessionelle Schule ablehnt. Müller, Uferw., erscheint in Rollen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 3. Kreis Friedrichshagen. Elternbeiräte und Mitwirkende des Elternbeirats, den 17. Juni, 7 Uhr, bei Wilsdorf, Petersburger Str. 3, Ausgabe von Wahlmaterial.
- 7. Kreis Charlottenburg. Die Genossinnen können zur heutigen Abendfeier in der neuen Welt noch bei ihren Abteilungsleiterinnen Programme erhalten.
- 21. 22. und 23. Juli. Der Frauenabend 1924 kommt aus.
- 38. Juli. Heute 7½ Uhr Funktionärstagung bei Bauer, Große Frankfurter Straße 4.
- 46. Juli. Dienstag, den 18. Juni, pünktlich 7½ Uhr, bei Senf, Köpenicker Straße 10, wichtige Mitgliederversammlung. Der Elternbeiratskomitee und sonstige Mitglieder sind zur Wahlberechtigung eingeladen.
- 111. Juli. Wahlabend, Mittwoch, den 18. abends 8 Uhr, bei Heilmann, Wallfischbuckel Straße, Mitgliederversammlung.

Bewegungsbewegung

Beamtentföndung und Arbeitszeit.

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrrnner hielt am 1. Juni in Halle eine Sitzung seines Gesamtvorstandes ab. Die wichtigsten Beratungspunkte waren Beföndung und Wachdienstzeit. Zur Neuregelung der Beamtenghälter wurde die Stellung des Gesamtvorstandes in nachstehender Entschöpfung festgelegt:

Die 16. Ergänzung des Beföndungsgesetzes regelt die Beamtenghälter in unsozialer, den dringendsten Lebensbedürfnissen der Beamten der unteren Beföndungsgruppen nicht Rechnung tragender Weise. In diesen Beföndungsgruppen befinden sich auch die Beamten der Berufsfeuerwehrrnner. Das Beföndungsgesetz zwingt die Gemeinden, die Bezöüge der unteren Beamten der Beföndung der Reichsbeamten anzupassen.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrrnner erhebt deshalb gegen diese Neuregelung scharfsten Widerspruch. Er stellt fest, daß das deutsche Wirtschaftsleben nicht gefunden kann, so lange dem schaffenden Teil des Volkes die für Leben und Schaffenkraft unentbehrlichsten Mittel vorenthalten werden. Die zur Heilung der Wunden des Krieges notwendigen Opfer müssen von jenen getragen werden, die sie ohne Schaden für die Wirtschaft tragen können.

Von Reichstag und Reichsregierung erwartet der Vorstand, daß sie das auf den unteren Beamtengruppen lastende Unrecht mit höchstmöglicher Beschleunigung beseitigen.

Zur Frage der Wachdienstzeit wurde festgestellt, daß an eine zentrale Regelung nicht mehr gedacht werden könne. Der Verband wird jedoch nach wie vor für eine gerechte Bewertung des Berufsfeuerwehrrnner und der mit dem Feuerwehrberuf verbundenen Gefahren und Anstrengungen kämpfen. Es wurde beschlossen:

1. Gegen die Stadt Königsberg den Weg der Privatklage vor dem ordentlichen Gericht zu beschreiten; 2. die ganze Kraft der Organisation jeweils dort zu konzentrieren, wo sie zur Abwehr von Dienstverlängerungen notwendig ist und 3. die Ortsvereinigungen aufzufordern, durch Pflege der Arbeiternschaft eine gute Grundlage für die Abwehr zu schaffen.

Warum es die Reichspostverwaltung nicht eilig hat.

Wir erhalten folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung:

Die unterzeichneten Organisationen sind, geleitet von dem Bestreben, die besonders für die unteren Beföndungsgruppen unerträgliche Beföndungsregelung zu bessern, an den Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten herangetreten, um mit ihm gemeinsam die nötigen Vorbereitungen zur Abwehr dieses Beföndungsrechts zu treffen.

Der Vorstand des Reichsverbandes hat auf unser dringendes schriftliches Ersuchen vom 5. Juni bis jetzt noch keine Antwort gegeben.

Durch dieses Schweigen ist jede Möglichkeit unterbunden worden, innerhalb der Postbeamtenchaft eine einheitliche Abwehrfront aufzubauen. Die Haltung des Reichsverbandesvorstandes läßt vielmehr klar erkennen, daß er nicht gewillt ist, ernstlich an der Abwehr der katastrophalen Beföndungsregelung mitzuarbeiten.

Nach diesem Verhalten der Reichsverbandesleitung halten wir es für notwendig, daß unsere Unterorgane (Ortsgruppen, Ortsvereinigungen, Bezirks- und Gauverbände) an die Orts- und Bezirksgruppen des Reichsverbandes herantreten, um sie darüber zu befragen, ob sie mit dieser Haltung der Leitung des Reichsverbandes einverstanden sind.

Mit Rücksicht auf die kommende Parlamentslage ist eine sofortige kraftvolle Willenskundgebung der gesamten Beamtenschaft notwendig, die wir nicht nur in Versammlungsentwürfen erschließen können, sondern die entsprechend dem Kundschreiben des VDB in einer Urabstimmung ihren Ausdruck finden muß.

Deutscher Verkehrsband, Allg. Allgemeine Deutsche Post-, Telegraphen- und Fernsprecherpersonal.

Berlin, den 14. Juni 1924.

Einigung im Versicherungsgewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der Tarifstreit mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, der sich schon seit Monaten hinzog und zu dem in Nr. 255 des „Vorwärts“ vom 1. Juni veröffentlichten Schiedspruch des tariflichen Reichsschiedsrichtungs Ausschusses geführt hatte, ist nunmehr durch eine am 12. Juni im Reichsarbeitsministerium zwischen den Tarifvertragsparteien getroffene Vereinbarung beigelegt worden. Nach dieser Vereinbarung werden die am 19. Februar festgesetzten Tarifgehälter mit Wirkung vom 1. Mai 1924 ab um 10 Proz. erhöht. Die Streitfrage, welche Gehaltsätze in bezogen und Randgebiete zu zahlen sind, wurde dahin geklärt, daß rückwirkend vom 1. April 1924 ab nicht die Gehaltsätze der Ortsklasse A, sondern die um 5 Proz. höheren Gehaltsätze der Sondertarifklasse Berlin-Hamburg Geltung haben.

Die neuen Gehaltsätze tragen durchaus nicht den berechtigten Erwartungen der Versicherungsangestellten voll Rechnung. Das Versicherungsgewerbe wäre auch sehr wohl in der Lage, angemessene Gehälter zu zahlen. Wenn wir trotzdem der vergleichswisen Erbedingung des Tarifstreits auf der vorher bezeichneten Grundlage zugestimmt haben, so geschah es lediglich deshalb, weil die Aussichten auf eine Verbindlichkeitsklärung des günstigeren Schiedspruchs vom 28. Mai bei der bekannten Einstellung des Reichsarbeitsministeriums mindestens recht zweifelhaft waren und die Differenz zwischen den Schiedspruchätzen und denen der neuen Vereinbarung nicht so erheblich ist, um die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels zu rechtfertigen. Die Arbeitgeber im Versicherungsgewerbe würden

sich aber einer starken Täuschung hingeben, wenn sie annehmen wollten, auch bei der jetzigen Hochkonjunktur im Versicherungsgewerbe ihre Angestellten auf die Dauer mit Schuldgehältern abspülen zu können wie während der Inflationszeit, in welcher die Betriebe anerkanntermaßen um die Aufrechterhaltung ihrer Existenz schwer zu kämpfen hatten.

Aus dem Stud- und Gipfbaugewerbe.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Stud- und Gipfbaugruppe der Bauerschaft Berlin hielt am Freitag der letzten Woche einen Rückblick auf die kürzlich beendete Tarifbewegung. Der Fachgruppenleiter Scheel ließ alle Ereignisse und Momente des Kampfes noch einmal Revue passieren und zeigte, was von den Versuchen der Arbeitgeber, den Tarif zu verschlechtern, am Schlusse des Kampfes geblieben ist. Wer ohne fremden Einfluß seine Schlüsse ziehen kann und wer die Kämpfe der verschiedenen Organisationen verfolgt hat, der kann sich auch der Tatsache nicht verschließen, daß der Erfolg dieses Streiks ein voller war. Ein Erfolg, der allein auf die Einigkeit und Geschlossenheit sowie auch auf das Selbstvertrauen aller Beteiligten zurückzuführen ist. Der kommunistische „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ versucht nun auf seine Art diese Einigkeit zu zerstören, indem auf einigen Baustellen Hepapostel ihr Wesen treiben die, wenn auch unbewußt, den Unternehmern Handlangerdienste leisten. Eine am 3. Juni nach der Steinstraße einberufene öffentliche „Rassenversammlung“, die von ganzen 53 Mann besucht war, sollte „Aufklärung“ über den von dem bekannten Kaiser als Putschflug bezeichneten Streikausgang bringen. Es erübrigte sich, hier auf die ethischen und moralischen Absichten solcher Gegner einzugehen, da in der Diskussion der Freitag-Versammlung mit gebührender Energie die Wortlein alle erbärmlichen und einseitigen Anwürfe abgewiesen wurden.

Stimmungsmache des VdA.

Die „Morgenpost“ vom 13. Juni brachte in ihrer zweiten Beilage eine Notiz, wonach bei den Wahlen in der Berliner chemischen Großindustrie zu den Betriebs- und Angestelltenräten der VdA 46, der VdV-Bund 8 und der DDB 4 Sitze erhalten habe.

Wir richten an den VdA die freundliche Anfrage, ob er nicht gewillt ist, uns mitzuteilen, auf welche Betriebe sich diese Erhebung stützt. Wir können schon glauben, daß man bei geeigneter Auswahl einiger Betriebe, in denen zufällig der VdA ein besseres Organisationsverhältnis aufweist als die anderen Verbände, eine solche Zusammenstellung erzielen kann. Denn nur um einige wenige, tendenziös zusammengestellte Betriebe kann es sich hierbei handeln. Schon aus der geringen Anzahl der Angestelltenräte geht hervor, daß es sich nicht um eine Gesamtübersicht der chemischen Großindustrie handeln kann, was jeder Fachkennner auf den ersten Blick sieht — oder sieht die Notiz in der „Morgenpost“ auf einen Stimmungsfang unter den Unkundigen ab?

Ein nobler Verbandsführer.

Der Verband nationaler Berufsschweizer, der als nationalistische Konkurrenzorganisation des Deutschen Landarbeiter-Verbandes ein den Agrariern wohlgefälliges Dasein führte, hat einen herben Verlust erlitten. Sein bester Vorkämpfer, der deutschnationaler Herr Braun, hat, wie wir dem Pressedienst des Deutschen Landarbeiter-Verbandes entnehmen, unter Hinterlassung einer leeren Kasse und einer großen Anzahl trauernder Gläubiger seinen Verband in Stich gelassen. Somit sind Hauptgeschäftsstelle, Rechtschutzstelle, Kasse, Redaktion, Vermittlung, Verlag und Verkaufsstelle des nationalen Schweizerverbandes verödet. Ferner hat sich jetzt herausgestellt, daß Braun sich weniger mit der Organisation von Schweizern, als mit der von völkisch-nationalen Kompartenverbänden beschäftigte hat. Nach dem Warenhandel an seine Verbandskollegen hat er auf eigene Rechnung betrieben. Seine Uneigennützigkeit ging so weit, daß er sogar unterließ, die Lieferanten der Seiden, eine Nordhauener Großfirma, zu bezahlen. Auch der Jungdeutsche Orden verliert in ihm ein tüchtiges Mitglied. Das Verhalten dieses Hochstaplers ist der beste Beweis für die Nichtigkeit der immer und immer wieder von uns verbreiteten Warnung vor zwerghaften Fachverbänden, die nicht leben und sterben können, von ihren Mitgliedern große Opfer verlangen, trotzdem kampfunfähig sind; deren Mitglieder keinen Einfluß auf die Führung und keine Kontrolle der Geschäfte, und Rassenführer haben, so daß man regelmäßig wieder lesen muß, daß großtuerische Schwindler unter lang dauerndem Schutz der Unternehmer sich ein angenehmes Dasein geleistet haben.

Studium des Arbeitsrechts.

Professor Dr. H. Sinzheimer behandelt in einer kleinen Broschüre (die im Verlage von Bieler und Bergmann, Universitätsbuchhandlung, Frankfurt a. M. erschien) die Frage: „Wie studiere ich Arbeitsrecht?“ Zunächst wird die Vorfrage behandelt: „Was ist Arbeitsrecht?“ Das Berufsrecht der Arbeitnehmer, das den Arbeitsvertrag, die Arbeitsverfassung, die Arbeitsfürsorge (Arbeitsnachweis, Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterversicherung) umfaßt, wozu noch die Arbeitsbehörden (Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Schlichtungsausschüsse, Gewerbeinspektionen usw.)

„In der Rechtsentwicklung der letzten Jahre hat sich das Arbeitsrecht als ein selbständiges Rechtsgebilde vom allgemeinen Stamme des Rechts gelöst. . . Während früher das Recht des Arbeitnehmers im Studium und in der Forschung kaum Erwähnung gefunden hat, ist heute das Arbeitsrecht eine besonders Rechtsdisziplin, die ein selbständiges Studium erfordert.“

Da das Arbeitsrecht noch nicht einheitlich ist und nicht erschöpfend die Beziehungen regelt, für die es bestimmt ist, sondern teilweise noch der allgemeinen Rechtsregelung unterliegt, kann man das Arbeitsrecht nur kennen lernen, wenn man auch das allgemeine Recht kennt, mit dem es in Beziehung steht. Die Frage: Wann beginne ich das Studium? wird deshalb dahin beantwortet, daß es nicht am Anfang stehen, sondern erst dann einsetzen soll, wenn wenigstens die Kenntnis der allgemeinen Rechtsbegriffe und Rechtsgrundlagen auf den Gebieten des öffentlichen Rechts und des Privatrechts vorhanden ist. „Ohne diese Voraussetzung wird das Studieren des Arbeitsrechts nicht fruchtbar sein können.“

Was heißt „studieren“? Sinzheimer sagt: Unsere Aufgabe ist es, in allem, was wir tun, daran zu denken, ob wir es auch im rechten Geiste tun. Studieren ist mehr wie Lernen. Es genügt nicht, das Recht zu kennen, notwendig ist auch, es zu verstehen. Neben die dogmatische Anschauung tritt die reale Anschauung, weiter aber die soziologische. Es gibt aber auch keine rechtswissenschaftliche Erfassung des Rechts ohne geschichtliche Anschauung. Hier erst erleben wir den inneren Zusammenhang der Dinge ganz und nehmen wahr, daß auch die rechtlichen Formen ihre eigene Struktur haben, die nicht nur begrifflich gebildet, sondern auch von innen gewachsen ist. Eine solche Kenntnis verbreitet Licht über die Vergangenheit und Gegenwart, aber auch über die Zukunft. Denn indem wir die geschichtlich formenden Kräfte biologisch, enthüllen sich die Triebkräfte des Kommenden. Damit fällt unser Blick auf die Einheit alles Lebendigen. Wir verfolgen die rechtlichen Erscheinungen auf letzte Ideen und ihren Wandel zurückzuführen. Sind nicht auch die rechtliche Kulturformen, durchflutet nicht auch sie einheitliche Tendenzen? Das sind Fragen kulturphilosophischer Anschauung des Rechts. Sie führt das Recht ein in das große Reich der Geisteswissenschaft und macht es zum Teil der menschlichen Geistesgeschichte. Es reißt der kritische Blick dem geltenden Recht gegenüber, und der kritisch-legislative Gesichtspunkt entsteht. Denn die Aufgabe der Rechtswissenschaft mündet ein in den großen Strom der Kräfte, die auf die Verbesserung des sozialen Lebens gerichtet sind, und findet hier ihren letzten, krönenden Sieg.

In dem Abschnitt: Warum studiere ich Arbeitsrecht? zeigt Sinzheimer auch die Rolle des „Gebührens“ im Arbeitgeberverband. Daß der arbeiterrätliche „Syndikus“ in den Arbeitnehmerverbänden noch fehlt, sei kein Vorzug, sondern ein Mangel. Im Gewirr des heutigen Arbeitsrechts und bei dem praktischen Gewicht seiner Fragen wird es ein dringendes Erfordernis werden, daß auch die Arbeitnehmerverbände arbeitsrechtlich vorgebildete Hilfskräfte heranziehen. Die Aufgabe des Arbeitsrechts ist die Sicherung der Produktion für die Arbeit. Für den größten Teil unseres Volkes ist heute das Arbeitsrecht die Form seiner Existenz. Seine geistige Durchdringung und innerliche Aneignung ist die Voraussetzung seiner berufsmäßigen Handhabung, und von seiner Pflege hängt das Gedeihen des Volkes und die Kultur seiner Glieder mit ab.

Die Beantwortung der eigentlichen Frage: Wie studiere ich Arbeitsrecht? verweist den Studierenden auf seinen eigenen Weg und seine eigene Methode. Der Verfasser gibt ihm vor allem den Rat, sich vor der Festschüttung seines Geistes zu hüten und seinem Ziel in innerer Ordnung zuzustreben. Der Stufengang des Studiums wird behandelt, die Art des Studiums, und zum Schlusse werden noch einige beherzigenswerte Winke gegeben.

Wird das Programm Sinzheimers für das Rechtsstudium im allgemeinen und das Studium des Arbeitsrechts im besonderen auch nur von einem Teil der Rechtsbesessenen befolgt, dann werden die Klagen über Klassenjustiz geringer und das Vertrauen zur Rechtspflege und Rechtspflege größer. Bis dahin ist noch ein langer Weg, auf dem sich unser Genosse Sinzheimer auch mit vorliegender Arbeit als Bahnbrecher erweist.

Erst Preisabbau!

Saarbrücken, 12. Juni. (Mitt.) Der Schlichtungsausschuss Saarbrücken zur Regelung der Löhne in der Eisenindustrie hat gestern in einem Schiedspruch die bemerkenswerte Auffassung vertreten, daß ein weiterer Abbau der Kohlen- und Frachtenpreise sowie eine Ermäßigung der Löhne notwendig ist, um eine Aufrechterhaltung der Betriebe zu ermöglichen. Aus dem Schiedspruch der eine endgültige Regelung der Lohnfrage für Ende Juni empfiehlt, ist ersichtlich, daß eine Entspannung der Lage durch die von der Regierungskommission am 8. Juni mitgeteilte Ermäßigung der Kohlen- und Frachtenpreise nicht erwartet wird. Von Unternehmerseite war vor drei Wochen ein Kohlenpreisabbau von 20 Proz. gefordert worden. Angesichts der neuerlichen Entwertung des Franken würde eine Ermäßigung von 15 Proz. heute vielleicht ausreichend sein. Der von der Bergverwaltung zugestandene Kohlenpreisabbau ist jedoch viel zu gering, um die schwere Wirtschaftskrise zu beheben. Man hofft, daß es gelingt, in den Verhandlungen zwischen Behörden und Wirtschaftsorganisationen eine allgemeine Preislenkung herbeizuführen, um eine Herabsetzung der Löhne, von der man im Augenblick noch Abstand nimmt, zu verhindern.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Sonntag, den 15. Juni:

1. Rennen. 1. Imolter (Kaiser), 2. Hallado (D. Schmidt), 3. Talfrall (Balle). Toto: 46 : 10. Platz: 17, 16, 21 : 10. Ferner liefen: Blad Hell, Böhrenwehr, Wannenauß, Bröderhoff, Jata Morgana, Deimora, Käthe, Tielert, Santa, Utra.
2. Rennen. 1. Zele (Kaiser), 2. Wartburg (Reich), 3. Laufena (B. Tarras). Toto: 60 : 10. Platz: 16, 16 : 10. Ferner liefen: Karava, Puppenier, Eigrum.
3. Rennen. 1. Belleus (Kaiser), 2. Sanguinier (Guguenin), 3. Laugenhäus (H. Jensch). Toto: 68 : 10. Platz: 32, 25 : 10. Ferner liefen: Mortala, Impetralio, Valena.
4. Rennen. 1. Sanelon (D. Schmidt), 2. Hampelmann (Olejnis), 3. Berde (H. Jensch). Toto: 14 : 10. Platz: 10, 11 : 10. Ferner lief: Kapli Electric.
5. Rennen. 1. Barthe Bruder (Raßberger), 2. Lannkönig (D. Schmidt), 3. Dorn II (Tork). Toto: 55 : 10. Platz: 15, 12 : 10. Ferner liefen: Jrmsh, Contrahent, Tobra.
6. Rennen. 1. Sbeitan (D. Schmidt), 2. Barus (Franze), 3. Beller-Leye (Kofina). Toto: 91 : 10. Platz: 25, 55, 41 : 10. Ferner liefen: Luror, Alania, Armadilla, Panja, Babca, Kriegsgeminnier, Der Wain.
7. Rennen. 1. Habakuk (D. Schmidt), 2. Nichte (Breuge), 3. Wumply (Tork). Toto: 59 : 10. Platz: 19, 33, 19 : 10. Ferner liefen: Grippholm, Wärschauerzahn, Robertine, Berjeba, Sches Kädel, Rühl, Ubra, Käbel.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Herth Cohnen; Gemeindefortschritt: Reich; Kultur: Pauline; Fußball: Dr. John Schmalz; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlstädt; Anzeigen: Th. Glöck; Familien in Berlin: Berlin; Vorwärts-Berlin G. m. b. H.; Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, S. B., Lindenstraße 3. Hierzu drei Beilagen und „Bild in die Bühnenwelt“.

Komische Oper
51. Direktion: James Klein
Heute zum 30. Male
Der große Erfolg!
Die Prinzessin
Operette in 3 Akten von Walter Kollo

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! **Autochloffer!** Achtung!
Dienstag, den 17. Juni, abends 7 Uhr.
wichtige Funktionär-Sitzung
der Autoreparaturchloffer Dr.-Berlins
im Lokal von Bowsell, Jochstraße 7
Tagesordnung: Lohnbewegung und
Mißstände in den Betrieben.
Die Ortsverwaltung.

Reste-Haus
C. Pelz
Kottbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Röcke
2 1/2% Rabatt!

„Wir haben uns tapfer geschlagen“
Jeder Parteigenosse findet die
Statistiken der einzelnen
Wahlkreise u. alles Wissens-
werte im neuen Handbuch
Der deutsche Reichstag 1924
Eine Mark
Festpreis Umschlag - Über 100 Dilder
Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Verkäufe
Rädermaschinen extra billige Preise.
Fabrik neuer Maschinen erschlossener
Fabrikate. Gelegenheitskäufe wenig
gebrauchter Maschinen mit voller Ge-
winn. Eigene Reparaturwerkstatt.
Bilder, Fotoapparate 10%.

Möbel
Metallbetten, Kissenmatratzen, Potent-
matratzen, Chaiselongues, Wälder, Stör-
perleströcke etc.
Kleiderkabinen, Tischdecken 7.99,
Diamantdecken 9.99, Kochgesch. 7.99, Silber-
Besteck 1.79, Teppiche, Bräun. Silber,
Stühle, Kleiderbügel etc.

Allgem. Ortskrankenkasse für B.-Lichterfelde
Der 16. **Rachtag** zur Zahlung ist vom
Obersicherungsamt unterm 2. Juni 1924
genehmigt worden und tritt mit dem
heutigen Tage in Kraft.
Dieselbe enthält Abänderungen bei
§§ 12, 20, 24, 31, 33 und 98. 105/15
Berlin-Lichterfelde, den 16. Juni 1924.
Der Vorstand
G. Tiliac, F. Haneberg,
Beisitzer Schriftführer

Frage
Wo kaufe ich billig Schokoladen?
Antwort
Nur bei
Eisen & Diamant
Kaiserstraße 4.
Abteilung II
Zigaretten-Engros-Vertrieb
Adressstr. 13 (Schles. Bahnh.)

Frau ripenden
jeder Art
Hervor hervorstechend:
Paul Goletz,
danzische Fabrik Bayer,
Mariannenstr. 3,
West Berlin, 10308.
Quittungs-Marken
seit 48 Jahren bewährt
Conrad Müller,
Schkeuhals-Liepsig

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Witze Westen, Großes Vauer extra-
nec, nur erschlossen erhaltener Stoffe,
ausgezeichnete Qualität, einflussreiche
Geduld, Geduld, Geduld, Geduld,
zum Teil auf Selbst. Sozialität: Beach-
tungs. Aktive Preise bei Schmutz-
moder, Kleiderstoffe 10% (oben direkt)
Schlehn, Oranienstraße.

Musikinstrumente
Violen preiswert, Klarinetten,
Viol. Stranzenstr. 30.
Kaufgesuche
Kleiderstoffe, Reparaturen, Man-
taufstoffe etc.
Verschiedenes
Bestrahlungswolle, Auslauf, Behälter,
a. D. Bestrahlungswolle, Behälter,
Kleiderstoffe, Frau Silberstein, Co.
Lichterfelde 14 85.
Gewinnbringende Unternehmung, Behälter,
Lichterfelde, Lindenstraße 62.

Sozialdemokratischer Frauentag.

Am gestrigen Sonntagvormittag trat, wieder im Menorfaal des preussischen Landtags zu Berlin, die Frauenkonferenz der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Die rund 200 Delegierten besetzten die untersten Bankreihen, der übrige Saal ist von den Zuhörerinnen gefüllt. Ausländische Genossinnen, mehrere Mitglieder des Parteivorstandes und Vertreter sonstiger Parteistationen wählten der Tagung bei.

Marie Juchacz vom Parteivorstand eröffnet die Sitzung um 11 Uhr mit dem Hinweis darauf, daß auch die sozialdemokratischen Frauen für die Verwirklichung des Sozialismus arbeiten, der die freie Entwicklung der Persönlichkeit ermöglichen wird.

Arthur Crispian begrüßt die Konferenz im Namen des Parteivorstandes. Die Konferenz soll die Aktions- und Anziehungskraft der Partei stärken. Jede Gefährdung der Existenz, jede Einschränkung der Lebenshaltung wirkt zuerst und mit voller Wucht auf die proletarischen Frauen. Aber der Haß, der in ihnen entsteht, darf nicht zu nutzlosen Aktionen führen, sondern muß in vernünftige organisierte Arbeit für die Befreiung der Menschheit umgelenkt werden. Die Arbeit für die sozialistische Gesellschaft wird in ihr kaum nur die gemeinsame Arbeit der Männer und Frauen sein. Für die Aktionskraft der Partei hat der soeben beendete Parteitag gute Arbeit geleistet, durch die einstimmige Festlegung der nächsten Aufgabe, nämlich der Verwirklichung des Sachverständigengutachtens und der sozialen Verteilung der Lasten daraus. Im Sinne unserer großen Aufgabe der Erlangung des Sozialismus wünsche ich Ihrer Konferenz den besten Erfolg! (Beif. Beifall.)

Minna Todenhagen begrüßt die Konferenz im Namen der Berliner Genossinnen. Sie weist auf die früheren Beschlüsse hin, auf das erst durch die Revolution beseitigte alte preussische Vereinsgesetz, das den Frauen selbst die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbot.

Erst die Revolution hat den Frauen das Wahlrecht und das gleiche politische Recht überhaupt gegeben.

Die Rednerin gibt einen Überblick über die sozialistische Frauenbewegung in Berlin, deren Entwicklung sie ausführlich schildert. Schon 1891 hat das sozialdemokratische Parteibüro den Frauen das Recht der Mitgliedschaft gegeben. Die Rednerin bespricht auch die politische Entwicklung der letzten Jahre und schließt mit dem Bekenntnis zur Standhaftigkeit und Treue für die Partei der arbeitenden Menschheit.

— gibt einen Abriss der sozialistischen Frauenbewegung in Großbritannien, deren solidarisches Größte sie übermitteln. (Beif. Beifall.)

Ursula Popp-Wien (lebhaft begrüßt) mit Würdigung und Ehrerbietung erfüllt mich der Vergleich der heutigen Zeit mit den Beschlüssen nach bis zum Krieg. Mit ängstlicher Sorge verharren die Genossinnen mein Aussehen vor der Polizei, wenn ich in Deutschland Versammlungen abhalte. Heute tagt ihr im Parlamentsgebäude! All die Verwirrungen haben uns nur die Befreiung und den Opfermut gebracht, die eine solche Bewegung braucht. In Wien haben wir über 80 000 politisch organisierte Genossinnen und so ist es im ganzen Staat. (Beif. Beifall.) Das ständige Wachstum letzte besonders kräftig ein nach der Wahl, einbuße von 1920. Wir wollen in Zukunft in derselben Innigkeit mit euch zusammenarbeiten wie bisher. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Unter anhaltendem Beifall begrüßt die Vorsitzende die greise Genossin Ottilie Bader, die der Konferenz beizuhilfen.

Die baltische Interaktionsministerin, Genossin Nina Bang entschuldigt ihr Fernbleiben mit der Ueberfülle ihrer Arbeit, z. B. bei der Ueberwachung der Rentenbesetzung. Sie wünscht der Konferenz besten Erfolg, ebenso Genossin Bels, Belgien. (Beifall.)

Das Andenken der verstorbenen Kampferinnen, vor allem Luise Ziegler und Martha Demming-Berlin, deren Marie Juchacz in warmen Worten gedenkt, wird durch Erheben von den Söhnen geleitet.

Nach Konstituierung der Konferenz — zu Vorsitzenden werden einstimmig gewählt die Genossinnen Juchacz, Remig und Rued — wird Tages- und Geschäftsordnung genehmigt.

In ihrem Referat über

Die Frau und die Wahlen

führte Genossin Juchacz dann aus: Wir müssen alle Kräfte, auch die der Frauen, zusammenfassen zum Kampf um die Republik. Der Partei muß Zukunft kommen aus der großen Masse der Frauen, wenn der Erfolg beschieden sein soll. Unzulänglich ist die Mitwirkung der Frauen, eine Folge ihrer falschen Erziehung. Bedauerlich ist, daß Bedeutsames noch nicht so gewirkt hat, daß das Frauenwahlrecht kein anderes Frauergleichrecht vorgezogen hat. Aber die Politisierung der Frauen kann nur vorwiegend durch das Recht des aktiven und passiven Frauenwahlrechts. Seit 16 Jahren haben die Frauen das Recht der politischen Betätigung in Versammlungen. In Zukunft wollen wir für eine stärkere Vertretung der Frauen im Reichstag sorgen. Psychologisch wertvoll ist, daß ausgerechnet die Deutschnationalen bei der Wahl die Empörung der Frauen haben. Die Wölfschen allerdings und die Kommunisten haben mehr Wähler angezogen. Die Frauen der Mitte haben es diesmal mit den Deutschnationalen versucht. Es sind Frauen von Beamten, des Mittelstandes, Haus- und sonstige Angestellte, Frauen der Fabrik und des Büros, die ihrer Klagenlage nach zur Sozialdemokratie gehören. Die der Deutschnationalen und in Bayern den Wölfschen ihre Stimmen gegeben haben, weil sie sich ihrer Klagenlage noch nicht bewußt sind. Diese Frauen müssen wir psychologisch, feilsch zu verstehen suchen. Die Frauen fühlen sich nicht hingezogen zu den extremen Parteien, aber gerade deshalb ist auch inständig bei der Sozialdemokratie der Platz der Frau. Wir müssen uns psychologisch schulen, um unsere Geschlechtsgenossinnen in ihrem Seelenleben zu verstehen. Wir müssen uns hineinbeugen können in eine sorgenzerstörte, übermüdete Frau und müssen unsere Agitation abstellen auf diese Frauen. Unsere „Frauenwelt“ ist keine Nachfolgerin der „Gleichheit“, sie soll es nicht sein. 65 000 Auflage in kurzer Zeit erreicht zu haben, ist ein großer Erfolg und zeigt, daß wir auf dem rechten Weg sind. Wie der Bayerische Frauenverein, wie bayerische Frauenzeitschriften müssen auch wir Veranstaltungen für die Frauen arrangieren, um sie allmählich für uns zu gewinnen. Durch ständige, stetige Arbeit müssen wir die indifferenten Frauen heranzuziehen suchen. Auch außerhalb der reinen Agitation müssen wir bei unserer Tätigkeit auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge bemüht sein, unsere Aufgabe in sozialistischem Geiste zu erfüllen, und wir dürfen nicht zu sehr davon ablassen, unsere Tätigkeit auch ins rechte Licht setzen. Jeder soll sich in Partei und öffentlichem Leben betätigen nach seiner Neigung; aber die Frauen sind dann auch verpflichtet, die übernommene Arbeit so zu leisten, daß sie im Sinne der Partei und für die Partei geleistet wird.

Die Referentin bespricht dann die wenigen Anträge aus den Organisationen und weist dabei auf die Frauenkorrespondenz hin, die der Parteipresse bereits zugeht und auf das neugeschaffene Informationsblatt „Die Genossin“, das mindestens einmal monatlich erscheint. Berichte aus der Bewegung, von den Ge-

nossinnen selbst, über ihre Arbeitsmethode, über das geistige Leben unter der Frauen, sind unentbehrlich und werden immer gern gelesen. Politische Aufklärung muß überall geleistet werden von uns, auch und gerade beim Bäcker und Fleischer. (Beif. Zustimmung.)

Nach der Mittagspause beginnt

die Aussprache.

Über 40 Redner und Rednerinnen sind zum Wort gemeldet. Zunächst werden organisatorische Fragen ausgetauscht.

Frau Kurfürst-Riel sagt u. a.: Es haben viele Frauen für die Rechte gestimmt, weil sie nur fühlen, daß es ökonomisch früher besser war als jetzt, weil sie aber der Ursachen nicht inne werden. Da müssen wir noch viel mehr als bisher für Aufklärung sorgen; Material und Mittel dazu müssen wir haben.

Frau Jabel-Hamburg: Material bringt die Presse genug, vor allem über Parlamente, Gemeindevertretung usw. Unsere Abgeordneten sollen nur mehr Versammlungen mit Regenschaftsbericht abhalten. Ein Feldzug gegen den § 218 NSGB. (Fruchtbarkeitsverhütung) muß eingeleitet werden.

Frau Ziegler-Württemberg begründet einen Antrag auf bessere Berücksichtigung der Frauen bei der Kandidatenaufstellung. Ein Frauen in der Reichstagsfraktion — das entspricht lange nicht der Zahl der Genossinnen. Das ist weder demokratisch noch sozialistisch. In Württemberg hat man nicht einmal den vorgeschriebenen Landesparteitag zur Kandidatenaufstellung einberufen. Wie hat man an die vierte Stelle gesetzt. Wir sollen die Forderung Webers nach Selbstständigkeit der Frau bei uns selbst ausführen. In der „Schwäbischen Tagewacht“ wird uns kein Raum gewährt.

Frau Christmann-Barmen: Wir müssen unsere früheren Agitationsmethoden wieder anwenden. Sobald wir nach Verwirklichung des Sachverständigengutachtens stabile Verhältnisse bekommen, wird es mit unserer Bewegung wieder vorwärtsgehen.

Frl. Todenhagen bemerkt zu einem Antrag Rothke-Burm und Gen. auf Erhebung des „bürgerlichen Familienblattes „Frauenwelt“ durch ein sozialistisches Kampfbüro nach Art der „Gleichheit“, daß die „Frauenwelt“ zwar ihr (der Rednerin) persönlich nichts bietet, aber zur Gewinnung der Indifferenten sei die ganz gut; nur komme sie an die Indifferenten nicht genug heran.

Ein Antrag zur Beamtenfrage.

Frau Hörreth-Menge (München) befürwortet folgenden Antrag Wachenheim:

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz hält für selbstverständlich, daß bei Aufhebung der Beamtenabgab-Berodnung die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der weiblichen Beamten wiederhergestellt wird. Sie ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die Bestimmungen, die Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu beandornen und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken.

Ferner betont die Rednerin die ungeheure Bedeutung der Bereinigung der Schule von parteimäßigem Mißbrauch zur reaktionären Volkserziehung und -verderbung.

Frau Dr. Wegscheider-Berlin tritt für den Antrag Dresden auf (scharfe Bekämpfung des Alkohols) ein und fordert die Eltern auf, sich für die Schule zu interessieren.

Frau Länzel-Dresden: Reisten wir mehr für die Partei, dann werden wir auch nicht mehr über Nichtberücksichtigung bei der Kandidatenaufstellung zu klagen haben. Unter Bezirk Ostpreußen hat als einziger Vorort zwei Genossinnen in den Reichstag gewählt. Für Abtreibungsverbrechen hat Sachsen unter sozialdemokratischer Regierung eine Amnestie erlassen. Die Verbeugung der Frau gegenüber dem Staat muß beseitigt werden. (Beif. Beifall.)

Frau Selbert-Cassel: Die „Frauenwelt“ ist eine starke Anlehnung an die bürgerliche Sonntagspresse, ist künstlerisch unbefriedigend und zu wenig in feilsche Momente vertieft. Die „Frauenwelt“ sollte sich zur zweiten „Gleichheit“ entwickeln. Die Redaktion müßte allerdings einer Genossin übertragen werden. (Zustimmung und Widerspruch.)

Frau Selbert-Bina: Frauenkonferenzen finden zweckmäßiger vor dem Parteitag statt, weil ihre Anregungen sich dann im Parteitag auswirken können. Bei der Befreiung der §§ 218 bis 220 ist besonders auf den Kampf gegen das Kuppelverbot zu achten. Die „Frauenwelt“ wird in Sachsen sehr gern gelesen. Wohlfahrtsarbeit wird in Sachsen nicht gemeinsam mit bürgerlichen Organisationen getrieben. (Beifall.)

Frau Sachse-Altenburg: Wir müssen mehr Frauen zur Wohlfahrtsarbeit und zur kommunalen Tätigkeit heranziehen. Das ist die beste Schulung.

Frau Alberta-Thüringen: Nicht nur die Resultate der Reichstagswahlen, sondern auch die Betriebsrätemahlen, die Elternbeiratswahlen, die Schlichtungsausschü-

wahlen sind laufend genau zu verfolgen, unserer politischen Tätigkeit zugrunde zu legen. Die Partei muß ihre Politik viel mehr so Elternbeiratswahlen, die Schlichtungsausschüwahlen sind laufend genau zu verfolgen, unserer politischen Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion berichten.

Dr. Lohmann legt die Redaktionsgrundsätze der „Frauenwelt“ dar. Als er gegenüber einigen Kritiken an der Modebeilage betont, daß die Parteimitglieder doch nicht über der Mode stehen und z. B. Tony Sender zeige, daß man eine tüchtige Kampferin und doch auch geschmackvoll nach der Mode angezogen sein könne, ruft Frau Ziegler wiederholt und sehr erregt, das sei „unerhört“, was mit lebhafter Heiterkeit aufgenommen wird. Der Redner widerlegt dann die Kritik an der „Frauenwelt“, die weder bürgerliche Vorbilder nachahmt noch unkünstlerisch sei. Gerade viele Proletarier wollen in ihren Feiertagskleidern keine Feiertagsbilder sehen. Die systematische, sozialistische Beeinflussung der Leser, wenn auch vielleicht in homöopathischen Dosen, wird mit einem Erfolg geübt, den zahlreiche Briefe und Bestellungen beweisen. (Beifall.)

Einige Rednerinnen entwickeln in eindringlicher Weise unter der unermüdeten Aufmerksamkeit der Konferenz ihre Gedanken über die Leistung und Ausbehnung der agitatorischen und fürsorglichen Tätigkeit.

Ein Antrag fordert, daß der Hauptausschü für Arbeiterwohlfahrt nicht mehr mit der Rothilfe zusammenarbeite.

Frau Reichmann-Röhl (Köln) als letzte Diskussionsrednerin schildert die besonderen

Schwierigkeiten der sozialistischen Frauenbewegung im besetzten Gebiet

und wendet sich entschieden gegen ein Hineinzerren der Genossinnen in die inneren Parteidiskussionen, bevor sie die Gedankenwelt der Partei nicht erfasst haben.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 114 Delegierte anwesend sind, alle Mandate werden anerkannt.

Frau Juchacz sagt im Schlußwort, daß das Zusammenarbeiten der „Arbeiterwohlfahrt“ mit der Rothilfe sich an manchen Orten bewährt habe; man möge die Frage örtlich entscheiden. In einer Anzahl Frauenbeilagen der Parteipresse stand in der Wahlzeit nichts von der Wahl. Die Genossinnen müssen sich um die Parteipresse kümmern, dann werden sie auch den nötigen Einfluß erlangen. Früher haben die Frauenkonferenzen stundenlang die „Gleichheit“ kritisiert, jetzt lobt man sie auf Kosten der „Frauenwelt“. Hüben wir uns vor Uebertreibungen, und wenn wir Kritik an der Partei oder ihren Einrichtungen üben, so sei sie wohlwollend und gütig! (Beif. Zustimmung.) Arbeiten wir mit aller Kraft, dann überwinden wir die inneren Hemmungen und sind reich zur selbständigen Tätigkeit. Genossin Ziegler steht selbst schon zu hoch über den Dingen, als daß sie einen recht seinen Scherz Lohmanns verüben könnte. (Heiterkeit.) Mit Hilfe der psychologischen Einführung der Männer werden wir Arbeit leisten, die für den Sozialismus brauchbar ist. (Beif. Beifall.)

Ein Antrag, der unter Hinweis auf das bewährte parlamentarische Zusammenarbeiten von Männern und Frauen bedauert, daß nicht mehr Frauen als Kandidaten aufgestellt wurden, der weiter besagt, daß die Genossinnen durch ihre Arbeit für die Partei sich den Anspruch erwerben sollen, daß die Genossinnen

bei Kandidatenaufstellungen in Reich, Staat und Gemeinden besser berücksichtigt

werden, wird einstimmig angenommen. Damit ist der Antrag Württemberg, der nur Beschwerde über die Kandidatenaufstellung führt, ohne die Genossinnen zur verstärkten Parteiarbeit aufzufordern, erledigt.

Dem Parteivorstand überwiesen wird ein Antrag auf Anbringung würdigen Grabmalens an der letzten Ruhestätte Luise Ziegler. Der Fraktion überwiesen wird ein Antrag, die Aufhebung der §§ 218 bis 219 NSGB. zu betreiben.

Der Antrag Wachenheim wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Wegscheider auf Bekämpfung des Alkohols.

Der Antrag gegen die „Frauenwelt“ erweist sich nicht als ein Antrag an diese Konferenz, sondern als Meinungsäußerung der Elberfelder Genossinnen, er kommt also — auf Anregung Tony Senders — gar nicht zur Abstimmung. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Hort. Frau Rymed schließt die Konferenz mit einer Würdigung ihrer Arbeiten, die gewiß auch Ottilie Bader, die greise Kampferin, zufriedengestellt haben würden. Die dankt den Berliner Genossinnen für Empfang, Gastfreundschaft und Unterföhrung.

In den dreißigen Hochruf auf die internationale Sozialdemokratie stimmen alle Anwesenden stehend ein und singen darauf die Internationale.

Schluß der Konferenz gegen 7 Uhr abends.

Die Politik des persönlichen Regiments

Wilhelm II. und der Faschodakonflikt.

Ende des Jahres 1898 spitzten sich die englisch-französischen Beziehungen sehr ernsthaft zu. Die französische Expedition *Marechard*, die im Frühjahr 1897 vom Ubangi her in der Richtung zum oberen Nil ausgebrochen war, hatte schon früh die Aufmerksamkeit der englischen Regierung, die mit großer Eifersucht die englische Besitz- und Einflußsphäre am oberen Nil wahrte, wachgerufen. Als nun Marechard am 10. Juni 1898 mit 8 Offizieren und 120 Senegalesen *Faschoda* am Nil erreichte und besetzte, beschloß die englische Regierung, Ernst zu machen. Der französische Außenminister *Delcassé* suchte eine Verständigung mit England in bezug auf die Missionen *Marechards* einzuleiten, die aber von Lord *Salisbury* scharf mit der Erklärung zurückgewiesen wurde, daß England seine durch Eroberungen neu besetzten Besitzansprüche auf den Sudan nicht disutiert sehen wolle. Die Engländer verlangten die Räumung *Faschodas*, während *Delcassé* zunächst darauf bestand, daß *Marechard* in *Faschoda* bleiben solle. Der Konflikt spitzte sich so zu, daß eine kriegerische Auseinandersetzung über die weltpolitischen Interessen zwischen England und Frankreich nahe bevorstand.

Die deutsche Politik verhielt sich abwartend. Der Kaiser bemühte sich, auf dem Wege über den Zaren auf die Parteien einzuwirken. Er war damals auf seiner Orientreise nach Konstantinopel und Palästina. Wir geben in folgendem aus dem 14. Band der „Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes“ (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte) seinen

Telegrammwechsel mit dem Kaiser von Rußland über diese Situation wieder:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard von Bülow, zurzeit in Jaffa, an das Auswärtige Amt.

Jaffa, den 28. Oktober 1898.

Das Folgende ist sofort in Jiffen an das Generalkonsulat Odeffa telegraphisch weiterzugeben und von dort durch sicheren Expressboten nach Sivobad an seine hohe Adresse en clair zu befördern.

Bülow.

An Seine Kaiserliche Majestät, den Kaiser aller Russen, Sivobad.

Ich habe aus London und Paris Nachrichten erhalten, daß beide Länder ihre Flotten mobilisieren. Paris scheint einen Staatsstreik vorzubereiten. Für den Fall, daß ein Zusammenstoß zwischen den beiden Ländern erfolgen sollte, würde Deine Stellung ihnen gegenüber für mich von größtem Werte sein. Wie siehst Du die Situation an? Willy.

Bülow.

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, zurzeit in Clobia, an Kaiser Wilhelm II., zurzeit in Jerusalem. (Telegramm, unsignierte Abschrift.)

Dem russischen Botschafter Grafen von der Osten-Sacken am 3. November im Auswärtigen Amt zur Beförderung an Kaiser Wilhelm II. übergeben.

„Ich habe keine Kenntnis von einem drohenden Konflikt zwischen Frankreich und England. Murawiew, der gerade von Paris zurückgekehrt ist, berichtet, daß Delcassé ihm im Gegenteile erzählt habe, daß er keinen Grund zu der Annahme habe, daß der Zwischenfall von Fashoda ein ernstes Mißverständnis zwischen Frankreich und England hervorrufen könnte. Ich meine, man sollte in dieser Sache die Ereignisse abwarten, ehe man irgendeine Entscheidung trifft, um so mehr, als es immer mißlich ist, sich ungefragt in die Geschäfte der anderen zu mischen.“

Zur selben Zeit erhielt das deutsche Auswärtige Amt eine geheime Mitteilung über ein Gespräch mit Mr. Chamberlain, in dem dieser von einer bevorstehenden Generalabrechnung zwischen Frankreich und England sprach.

Am 5. November beschloß der französische Ministerrat, die Mission Marechal zurückzuberufen und gab damit der englischen Forderung nach.

Am 11. November stillierte der Kaiser ein neues Telegramm an den Zaren, das sich auf die geheime Mitteilung über das Gespräch mit Mr. Chamberlain stützte:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard v. Bülow, zurzeit in Baalbek (Syrien), an das Auswärtige Amt.

(Telegramm, Entzifferung.)

Nr. 128. Baalbek, den 11. November 1898. Ganz geheim.

Das nachstehende ganz geheime Telegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs bitte ich durch den kaiserlichen Geschäftsträger in St. Petersburg auf dem dortigen Ministerium des Aeußeren zur Weiterbeförderung an Seine Majestät von Rußland übergeben zu lassen:

„Mit bestem Dank für Dein Telegramm vom 8. beziehe ich mich, es zu beantworten. Die Berichte, die mich gestern von England erreicht haben, kündigen an, daß nicht nur die britische Flotte, sondern seit einigen Tagen auch die britischen Landstreitkräfte in der Stille kriegsbereit gemacht werden. Es heißt, daß die britische Kanalflotte irgendwo im Mittelmeer ist, eine Tatsache, die niemals zuvor vorgekommen ist. Das läßt keinen Zweifel, daß Großbritannien einen plötzlichen Schlag vorbereitet; wie ich aus sicherer Quelle höre, wahrscheinlich die Annexion von Ägypten und auch des gesamten Arabien, das den Franzosen gehört. Der Rückzug der letzteren von Fashoda hat in keiner Weise die britischen Ansprüche befriedigt. Die Minister in London haben sich geäußert, daß England sich ohne Aufsehen zum Kriege vorzubereiten gedenkt und wenn es bereit ist (wenn es nicht vorher gefordert wird), plötzlich mit Frankreich „die Rechnungen zu regeln“ über den ganzen Erdball mit einem Schläge. Es wurde höhnisch hinzugefügt, daß Rußland nicht helfen könne, da Frankreich Knapp mit Geld sei und deshalb unfähig Krieg zu führen; und daß im Winter Rußlands Flotte eingefroren wäre. Da die deutsche Flotte nicht der Rede wert sei, würde Frankreich gänzlich auf ihre Gnade angewiesen sein. Ich bin überaus erstaunt, daß Graf Murawiew von all diesen Dingen nichts gesehen und nichts gehört hat. Du wirst zugeben, daß die Situation außerordentlich gefährlich ist und durch den überaus unglücklichen und unzeitgemäßen Rückzug der Franzosen von Fashoda noch gefährlicher gemacht worden ist, der der britischen Eile und struppellose Umarmung einen starken Anstoß gegeben hat. Ich denke im Traum nicht an eine Einmischung. Aber da ich Sturm sich zusammenbrauen sehe, bin ich verpflichtet, meine Vorkehrungsmahnahmen zu ergreifen, und wünsche meine Politik so weit als möglich in Einklang zu bringen für den Fall, daß sich Schwierigkeiten ergeben sollten. Bülow.“

Die deutschen amtlichen Stellen erhoben Bedenken gegen die Abfertigung des Telegramms. Es wurde umstilliert und dann schließlich doch abgefand. Die folgenden Depeschen sind sehr reich für die Einmischung des Kaisers wie für die Stellung der amtlichen Stellen ihm gegenüber:

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard v. Bülow, zurzeit in Baalbek (Syrien), (Telegramm, Entzifferung.)

Nr. 164. Berlin, den 11. November 1898.

Das Telegramm des Kaisers von Rußland ist nicht vom 8., sondern vom 3. d. Mts. Es ist nach Curer Ezzellens Telegramm Nr. 119 höchstwahrscheinlich, daß dasselbe sich bereits am 7. d. Mts. in Händen des russischen Generalkonsuls in Beirut befand und dann zurückgefordert worden ist, um durch hiesigen russischen Vorkonsul und hiesiges Auswärtiges Amt befördert zu werden. Soll unter diesen Umständen und bei der durch Lord Salisbury's Rede inzwischen wenigstens vorläufig etwas beruhigter gewordenen Situation das allerhöchste Telegramm dennoch in dem übermittelten Wortlaut nach St. Petersburg weitergegeben werden? Hohenlohe.

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, zurzeit in Rhodos.

(Telegramm, Konzept.)

Nr. 165. Berlin, den 11. November 1898.

Durch Wirklichen Legationsrat Schmetz zu entziffern:

Ev. pp. wollen verzeihen, wenn ich meine lebhaftesten Bedenken gegen Abfertigung des kaiserlichen Telegramms an Kaiser Nikolaus aus der Situation, soweit sie hier zu übersehen, heraus Ausdruck zu geben mich für verpflichtet halte.

Meines Erachtens ist es, zumal bei dem in dem Telegramm gegen Graf Murawiew enthaltenen Vorwurf nicht bloß wahrscheinlich, sondern geradezu sicher, daß der Inhalt des Telegramms von Graf Murawiew bei nächster ihm nützlich scheinender Gelegenheit nach England hin mitgeteilt werden wird. Eine solche Mitteilung würde die Folge haben, unser ganzes zugeit freundschaftliches Verhältnis zu England in Frage zu stellen. Andererseits dürften auch Zweifel darüber möglich sein, ob das Telegramm bei Kaiser Nikolaus eine sehr viel verständnisvollere und freundlichere Aufnahme finden würde als das erste, zumal der schnelle Rückzug französischerseits aus der Fashodastellung sich unter russischer PreSSION erfolgt ist.

Zudem sind die tatsächlichen Angaben in dem Telegramm nicht alle absolut sichere: Einmal ist Graf Wetzlich's Gewährsmann (der über das Gespräch mit Chamberlain berichtet hatte) nur von einem, und zwar von dem scheinend zugeit unterlegenen Teil des englischen Ministeriums inspiriert gewesen, lebend nicht sich laut Auskunft des Oberkommandos der Marine das englische Kanalgeschwader, entsprechend älterer Segelboote, wie alljährlich in dieser Jahreszeit gegenwärtig, und zwar seit dem 31. v. Mts., vor Gibraltar.

Selbstverständlich vermag ich nicht zu beurteilen, ob etwa höhere, hier nicht zu übersehende Erwägungen die Abfertigung des Telegramms in heutiger Gestalt Ev. pp. geboten erscheinen lassen.

Richthofen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard von Bülow, zurzeit in Rhodos, an das Auswärtige Amt.

Nr. 140. Rhodos, den 13. November 1898. Ganz geheim.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 164.

Seine Majestät haben dem Telegramm an Seine Majestät den Kaiser von Rußland nunmehr die nachstehende Fassung zu geben geruht:

„Mit bestem Dank für Dein Telegramm vom 3., das ich eben erhalten habe, beziehe ich mich, es zu beantworten. Die Nachrichten, die mich gestern erreicht haben, melden, daß nicht nur die britische Flotte, sondern seit wenigen Tagen auch die britischen Landstreitkräfte in der Stille auf den Krieg vorbereitet werden. Das läßt keinen Zweifel, daß der Rückzug von Fashoda in keiner Weise den britischen Ansprüchen genügt hat. Die Minister in London sollen sich geäußert haben, daß der Rückzug von Fashoda sich ohne Aufsehen zum Kriege vorzubereiten gedenkt, und wenn es bereit ist, plötzlich mit Frankreich „die Rechnungen zu regeln“ über den ganzen Erdball mit einem Schläge. Es wurde höhnisch hinzugefügt, daß Rußland nicht helfen könne, da Frankreich Knapp mit Geld sei und deshalb unfähig Krieg zu führen; und daß im Winter Rußlands Flotte eingefroren wäre. Da die deutsche Flotte nicht der Rede wert sei, würde Frankreich gänzlich auf ihre Gnade angewiesen sein. Du wirst zugeben, daß die Situation außerordentlich gefährlich ist. Ich denke im Traum nicht an eine Einmischung, aber da ich Sturm zusammenbrechen sehe, bin ich verpflichtet, meine Vorkehrungsmahnahmen zu ergreifen und wünsche meine Politik so weit als möglich mit der Deinigen in Einklang zu bringen für den Fall, daß sich Schwierigkeiten ergeben sollten. Bülow.“

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, zurzeit in Grabowo.

(Telegramm.)

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtales.

Nr. 22. Berlin, den 14. November 1898.

Fürst Radolin, der im Anschluß an die von Ev. pp. ihm vorgestern gemachten Mitteilungen die Kaisertelegramm-Angelegenheit soeben mit mir besprach, ist, wie er mir unter dem Anheimschleßen der Meldung an Ev. pp. sagte, der Ansicht, daß auch die neue Fassung des Telegramms zu den gewichtigsten Bedenken Anlaß gebe. Fürst Radolin ist nach seiner Kenntnis der Verhältnisse in Rußland ohne jeden Zweifel darüber, daß das Telegramm sofort nach England werde mitgeteilt werden. Wenn Seine Majestät ungeachtet des Wortlautes des Zarentelegramms Wert darauf lege, daß dem Kaiser Nikolaus Aufklärungen im Sinne des allerhöchsten Telegramms aus Baalbek gemacht werden, so empfehle ich jedenfalls nur der mündliche Weg. In erster Linie würde ihm hierfür der Weg durch Ost-Sachsen, ein zweiter derjenige durch Tschirchitz angezeigt erscheinen. Er selbst sei aber auch jederzeit bereit, sich aus seinem Urlaube heraus zu diesem Zwecke nach Anadia zu begeben.

Die letzte Fassung des Kaisertelegramms wurde am 14. November nach Petersburg gefandt. Indessen hatte Wilhelm II. sich bereits am 9. November von Damastus aus in einem Briefe an den Zaren gewandt, der noch schärfer formuliert war als der erste Telegrammentext. Es hieß in diesem Briefe:

„Hier sehen die Leute auf Sie (die Franzosen) wie auf eine sterbende Ratton, besonders seit dem letzten überaus schimpflichen Rückzug der Franzosen von Fashoda. Was hat sie eigentlich ergriffen? Nach dieser erstklassigen Arrangieren und führen Expedition des armen tapferen Marchand? Sie waren in keiner erstklassigen Position und waren in der Lage, uns anderen allen in Afrika zu helfen, die allein sind und der starken Hilfe bedürfen. Die Nachrichten sind hier wie ein Donnerstschlag über die östlichen Völker gekommen, niemand wollte sie glauben! Auf alle Fälle, wenn es wahr ist, was die Zeitungen sagen, daß Graf Murawiew Frankreich rief, diesen wichtigen Schritt zu unternehmen, war er selbst und auhergewöhnlich übel beraten, da er Deinen „Freunden und Verbündeten“ hier einen tödlichen Schlag versetzt hat, und ihr altes Prestige hier so heruntergebracht hat, daß er sich niemals wieder erheben wird. Die Russen nennen es das zweite Sedan Frankreichs.“

Dieser Brief dürfte nicht ohne Vorwissen des Staatssekretärs v. Bülow abgegangen sein. Die Antwort des Zaren vom 14. Dezember 1898 war abermals entschieden abweisend, wenn auch nicht in derselben Schärfe, wie die erste Antwort des Zaren vom 3. November:

„Ich hoffe, daß Englands arrogante Haltung nicht lang anhalten wird. Es schien es sehr ernst zu nehmen beim Beginn seiner Kriegsvorbereitungen, aber da es jetzt sieht, daß die Wirkung, die es auf die Mächte auszuüben hoffte, nicht so groß ist als es gehofft hatte, so bin ich sicher, daß seine Kriegsstimmung sich bald legen wird.“

Ueber die Auswirkung der Einwirkungsversuche Wilhelms II. liegt kein Material vor. Sachlich waren sie Beiträge zur Isolierung Deutschlands. Zur Beurteilung der Psychologie Wilhelms II. sind sie wertvolles Material: der unüberlegte und wichtigere Eifer, der Mangel an Festigkeit zur Abwägung der Tragweite seiner Entschlüsse, das selbstherrliche Eingreifen in die Arbeit der Amisstellen sind die Charakterzüge, die bei Wilhelm II. immer wiederkehren.

Der Reichsbeamtentag.

Als zweite Sonderveranstaltung reichte sich am Montag an den Parteitag ein Reichsbeamtentag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Genosse Dr. Wolf Braun die sozialdemokratischen Beamtenvertreter aus dem ganzen Reich. In aufbauender Tätigkeit für den Staat zu wirken, sei heute die ganz besondere Aufgabe der Sozialdemokratie, die im Kampf um die Verteidigung der Republik an der Spitze steht. Die Beamten als der sichtbare Ausdruck des Staates seien von ausschlaggebender Bedeutung bei dieser Verteidigung der Republik. Nachdem noch des verstorbenen Genossen Franz Krüger gedacht war, erhielt das Wort zu einem Referat über: „Die Partei und der Staat“ Genosse Hermann Müller:

Wir müssen bis zu den Anfängen der Partei zurückgehen, wenn wir uns klar werden wollen über das Verhältnis von Partei und Staat, denn die Vergangenheit der Partei ruht bis heute noch auf diesem Verhältnis. Die Partei ist vor mehr als sechzig Jahren gegründet worden als eine Klassenorganisation des Proletariats. Zwar gehörten bereits in den Anfängen eine Reihe von Intellektuellen zu der Partei in führender Stellung, und Lothar Bucher, der Testamentsvollstrecker Lassalles, bezugte als Beamter der Partei seine Sympathie. Aber der Staat von damals war ein zerrissenes Gebilde, zusammengesetzt im Bundestag in der Hohenheimer Gasse in Frankfurt. An der Tagesordnung jener Zeit standen die Verfassungskämpfe. Im preussischen Parlament war die alte Auffassung vom Staat, dem man lediglich die militärische, die politische und die richterliche Gewalt zusprach, ganz beherrschend.

Der Arbeiterklasse gegenüber zeigte dieser Staat seinen vollen Klassencharakter, so daß sich eine scharfe Stellung gegen den Staat im Proletariat ohne weiteres ergab, zumal der Staat bereits in jener Zeit gleichgültig der größte Unternehmer wurde. Nach 1871 machte die ökonomisch gestärkte Bourgeoisie ihren Einfluß auf den Staat erst geltend. Aber Bismarck vermochte doch bis zu seinem Sturz absolut zu regieren.

Bis heute leiden wir daran, daß das deutsche Bürgerium im Gegensatz zum englischen, französischen, belgischen und skandinavischen niemals seine Macht durchzusetzen vermocht hat.

Mit der Zeit entwickelte sich denn auch

Mit der Zeit entwickelte sich denn auch der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie immer mehr.

Nicht nur die Sozialdemokratie hat als republikanische Bewegung eine starke Oppositionsstellung zum alten Staat angenommen, und die sozialistischen Parteien der meisten anderen Länder, die meist Monarchien waren, standen ebenso in Opposition zum Staat. Die dritte französische Republik, ebenfalls ein Kriegskind wie die deutsche, hatte sich zunächst auch mühsam auseinandergewunden mit den monarchistischen Gegenströmungen, deren Exponent Mac-Mahon erst Ende der sechziger Jahre vertrieben werden konnte. Der Kampf um das Problem Staat erbrannte denn auch zunächst in der französischen sozialistischen Partei, zumal als Millerand und später dann Briand und Bismarck in die Regierung delegiert wurden. Interessant ist dabei, heute daran zu erinnern, daß der internationale Kongress in Paris im Jahre 1900 eine Resolution von Reutsky annahm, die erklärt, daß man die Macht nicht Stückweise erobern könne. Später gefellte sich, nachdem in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit der Staat mit seiner Macht eingegriffen sich veranlaßt sah, das Problem der Mittelbereitstellung für den Staat dazu.

Auf dem Parteitag in Dresden

hat sich die deutsche Partei befassen für die Budgetverweigerung ausgesprochen und auf Antrag des linken Flügel der Franzosen wurde dieser Beschluß in Amsterdam auf die Internationale übertragen. Der Charakter des Klassenstaates hat sich bis zum Kriege schon am besten durch das Dreiklassenwahlrecht in Preußen manifestiert. Aber die Budgetbewilligung am 4. August 1914 war nicht ein Sieg Lassalles über Bismarck, wie es Lassalles Historiker Duden hinstellt, sondern ausschlaggebend war die Auffassung Bismarcks, der nicht allzu lange vor seinem Tode in der Budgetkommission erklärt hatte, daß es, wenn es zum Kriege käme, um nicht mehr und nicht weniger als um ein und Reichsein Deutschlands ginge. Der Krieg hat das bewiesen, auch wenn Bismarck den Verlauf des Krieges im einzelnen nicht voraussehen konnte, sondern der alte Witz in der Frage der Dauer des Krieges gegen Bismarck recht behalten hat. Während des Krieges hat dann Bethmann Hollweg den Versuch gemacht, die Massen draußen in den Schützengräben für die Zukunft mehr am Staate zu interessieren. Die Wahlrechtsfrage wurde ausgetrollt. Aber der Widerstand der Junker konnte nicht gebrochen werden, zumal die Oberste Heeresleitung auf ihrer Seite stand und der Hauptverantwortliche, der heutige Reichstagsabgeordnete Ludendorff, der von der Bourgeoisie heubest wird. Die Entscheidung über die Demokratisierung Deutschlands fiel bei Saloniki, wo unseren Feinden der Durchbruch gelang, und die Bulgaren daraufhin abfielen. Da begriff man, daß eine Wendung kommt und man berief den Prinzen Reg, der jedoch nur eine parlamentarische Regierung mit Einschluß der Sozialdemokraten bilden wollte. Neuwahlen waren eine Unmöglichkeit, aber es mußte gehandelt werden. Obwohl wir uns sagten, daß wir in den Konkurs des Reiches hineingezogen werden, war die Verantwortung doch so groß, daß wir die Teilnahme an der Regierung beschloßen, und Scheidemann, der absolut nicht wollte, Bauer und David entbanden. Die Revolution war kein elementarer Ausbruch der Massen, sondern zunächst der Zusammenbruch des militärischen Systems. Die Revolution ist zusammen mit der schwersten militärischen Niederlage, die je ein Volk erlitten hat.

Kein Staatsrechtlich betrachtet, hatten wir in Deutschland bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung eine Diktatur des Proletariats. Ewig wird anerkannt werden, daß die Sozialdemokratie es damals verstanden hat, das Ableiten der deutschen Verhältnisse in den Volksweltismus zu verhindern und ihren demokratischen und sozialistischen Grundsätzen den Boden zu erhalten. Die Revolution auszunutzen gelang nicht wegen der Verhältnisse der Zeit, die die Probleme der Ernährung und der Rückführung des Heeres in den Vordergrund hoben. Die Spaltung der Arbeiterklasse, die Tätigkeit der Spartakusbund wirkte lähmend und gegen den Einheitsstaat machte sich sofort ein außerordentlich starker Partikularismus bemerkbar. Ausländische Kreise, vor allem die französischen Willkür, hätten in jener Zeit hohemwissenschaftliche Experimente in Deutschland nicht ungern gesehen, ich bin der Überzeugung, daß die rheinisch-westfälische Großindustrie sich unter ihrer Bajonette lächeln würde. Daß es trotz allem gelungen ist, am 11. August 1919 die Verfassung unter Dach und Fach zu bringen, wird als eines der größten Verdienste der Sozialdemokratie für alle Zeiten gebucht werden. Diese Verfassung gibt dem Volke alle Macht, wenn das Volk sie ausnützt. Darauf spekulieren aber auch die Gegner des heutigen Staates, da mit dieser Verfassung der Republik zuleibe gehen wollen.

Wie hat sich die Sozialdemokratie zu diesem neuen Staat zu stellen?

Trotzdem er ökonomisch betrachtet ein Klassenstaat ist, müssen wir diesem Staat, den wir mißgefallen haben und der uns ein Feld für die Durchführung unserer Ziele ist, anders gegenüberstehen als der alten Monarchie. Schon Engels hat die Republik als den Kampf für die Durchsetzung unserer Ziele bezeichnet. Zur Verteidigung dieses Staates sind wir vorläufig auf die Verfassungsparteien neben uns angewiesen. Für die Erhaltung des Staates, den wir in Weimar geschaffen haben, ist die Demokratisierung der Verwaltung die wichtigste Voraussetzung. Gewiß glaubt die Partei nicht, daß die Erhebung der Macht mit Ministerpostenfleisches beginnt. Aber von Bedeutung ist doch die Befegung der führenden Stellen, denn ein großer Teil des Beamtenstabes wird, wenn eine richtige Führung vorhanden ist, die Anweisungen der Führung auch loyal ausführen. Nichts ist bezeichnender, als daß jetzt bei der jüngsten Regierungsbildung in den fünf größten deutschen Ländern, also vor allem in Preußen und Sachsen, aber auch in Baden, eine homogene Regierung, d. h. eine sozialistische Regierung gefordert hat.

In den reaktionären Kreisen weiß man, welche Bedeutung der Reichsrat für die staatsrechtliche Entwicklung hat. Wir würden jeden Einfluß auf die Bureaucratie verlieren, wenn wir zu erkennen gäßen, daß wir nie und nimmer in eine Regierung gehen. Den Staat wie er ist, haben wir am besten da verteidigt, wo wir in der Regierung gewesen sind. Im Interesse der Demokratie, der Republik und unserer Partei ist es notwendig, daß die Parteigenossen, die wir berufen, die sachliche Eignung haben, um ihren Posten auszufüllen. Ungeeignete Elemente schaden der Partei um so mehr, als die öffentliche Meinung von heute viel härter und die Kritik der Presse an den öffentlichen Dingen schärfer ist als früher. Wir müssen unsere ganze Macht dahin ausüben, daß die Diener des Staates auf dem Boden der Staatsverfassung stehen. Verhindert muß werden, daß die Republik aufhört, Volkrepublik zu sein, daß sie zur Geldrepublik wird. Die Konstellation in England und Frankreich ist geeignet, die demokratischen Kräfte in Deutschland zu stärken. Die demokratische Republik ist nur möglich, wenn es der sozialdemokratischen Partei gelingt, den Staat mit ihren Idealen zu durchdringen, aus ihm den Volksstaat zu machen, den wir alle wünschen, den vor allem aber auch die Beamten zu wünschen haben. (Beifall.)

Den Ausführungen Hermann Müllers folgte ein Referat von Geheimrat Dr. Siegbrecht: „Die Beamtenpolitik der Sozialdemokratie“, wobei der Redner zunächst seinem Bedauern Ausdruck gab, daß dieser Beamtenstag nicht vor dem Parteitag hätte stattfinden können.